

KONAN UNIVERSITY

Die Reaktionen auf das Internationale Militartribunal von Nurnberg und Tokyo im Vergleich : Siegerjustiz, Schauprozess oder Scheinprozess?

著者 (英)	Hatsuki Yanagihara
journal or publication title	Language and culture : the journal of the Institute for Language and Culture
volume	17
page range	167-212
year	2013-03-15
URL	http://doi.org/10.14990/00000544

Die Reaktionen auf das Internationale Militärtribunal von Nürnberg und Tokyo im Vergleich

– Siegerjustiz, Schauprozess oder Scheinprozess? –

Hatsuki Yanagihara

(Teil I)

- (I) **Der Weg nach Nürnberg**
- (II) **Reaktionen auf das Internationale Militärtribunal in Deutschland**
- (III) **Die evangelische Kirche und ihre Stellungnahme zu den Nachfolgeprozessen
in Nürnberg und zur »Entnazifizierung«**
- (IV) **Stellungnahme der bundesdeutschen Intellektuellen zu den Nürnberger
Prinzipien**

(Teil II)

- (V) **Reaktionen auf das Internationale Militärtribunal für den Fernen Osten und
ihre Nachwirkung in der Gegenwart**
 - (VI) **Das sogenannte »Yasukuni Schrein«-Problem im Zusammenhang mit der
Rechtsprechung des IMTFE**
- (Schluss)

Abstract

本論は「ニュールンベルク国際軍事裁判 (IMT)」と「極東国際軍事裁判 (通称：東京裁判)」に対するドイツと日本の知識人、政治家、宗教関係者の反応、反論、見解の変遷を比較検討したものである。紙面の関係上、今回は、ドイツにおける IMT への反応、受容の部分だけを Teil I として掲載し、日本における「東京裁判」への反応、現在にまで至る「東京裁判史観」への批判、「靖国問題」に関しては、次号に Teil II として投稿予定である。

IMT 及び「東京裁判」への敗戦国側からの最大の批判は、当時の国際法の理解では、訴追の為の犯罪構成要件の A 項「平和に対する犯罪 (Crime against peace)」並びに C 項「人道への犯罪 (Crime against humanity)」の適用が、「事後法」であり、法治国家の原則である「法の不遡及原則 (nulla poena sine lege)」に反するというものであった。さらには、大陸法には馴染みのない、英米法の概念である「共同謀議 (conspiracy)」適用への反論は、「東京裁判」においても顕著であったし、侵略戦争を「国家犯罪」としてではなく、国家指導者「個人の犯罪」として裁くという、前例のない「ニュールンベルク原則」に対しては、激しい異論・反論が寄せられた。さらに、「ニュールンベルク原則」の中で、裁判時に

において激しく批判されたのは、「犯罪が上官の命令によってなされた場合でも、犯罪行為の免責とはならない」という点及び、「A 項及び C 項は、国際法によって明文化されていなくとも、自然法並びにヨーロッパの人権思想から導き出せる」という点であった。

また、1943年末に行われたテヘラン会談において、Roosevelt、Stalin、Churchill の間では、「主要戦犯裁判」に関しては何ら合意がなかったことも事実である。チャーチルは、ナチス指導者の即決裁判による処刑を、スターリンは、ナチス参謀本部全体の抹殺を考えていたし、1944年秋の英米首脳のカベック会談での戦犯処理の合意を Roosevelt はその後撤回していることから、戦勝連合国にとっても、「IMT への道」は一様ではなかった。その意味で、本論は、以下の観点から IMT について考察を行った。

1. IMT 成立への米英ソのスタンスと目的の変遷
2. IMT 成立の為の国際法上の問題と米国（陸軍大臣 Stimson を中心とした法務スタッフ）による解決策
3. ドイツにおける IMT への反応（哲学者 Karl Jaspers の寄せた期待と同時代ドイツ人の IMT 批判を中心に）
4. アメリカ軍占領地域における IMT 以降の「ニュールンベルク継続裁判」と「非ナチ化」へのドイツ・プロテスタント教会（EKD）とカトリック教会の対応
5. アデナウアー政権下における「再審請求」から「恩赦」、「過去の清算＝忘却」への転換
6. 「法の不遡及原則」と「ナチス犯罪の時効廃止」に関する戦後の論争
7. 戦後ドイツにおける IMT の評価の持続と変遷
8. IMT と東京裁判の相違概略－次回掲載への導入－

また、本論は IMT 以降の戦後の国際法の展開をも視野に入れている。というのも、「ニュールンベルク原則」は、「国連憲章」並びに「世界人権宣言」の制定と並行して考案された経緯もあり、IMT・東京裁判自体の歴史的・政治的限界を超えて、その後の国際法及び人権保護の展開に大きな影響を与えた。例えば、旧ユーゴスラビア内戦の「民族浄化」の下に行われた「ジェノサイド」、「人道への犯罪」に対する旧指導者個々人の「国際犯罪」を起訴、裁く為に「旧ユーゴスラビア国際戦犯法廷（ICTY）」が、1993年に国連安全保障理事会決議827号によって、オランダのデン・ハーグに設立された後に、国連全権外交使節団会議によって採択された「国際刑事裁判所ローマ規定（1998年）」に基づき、2003年には常設の「国際刑事裁判所（ICC）」が設立される運びとなったからである。

(I) Der Weg nach Nürnberg

Das durch Kriege erlebte, dann von den Deutschlandexperten der amerikanischen Bevölkerung, sowie den Emigranten vermittelte und verbreitete Bild vom kriegslustigen Preußen, dem expansionsfreudigen Deutschen Kaiserreich im Ersten Weltkrieg und dem ununterbrochenen Aufrüstungswillen des Militärs in der Weimarer Republik, sowie die Entlarvung der ausmaßlosen Verbrechen des SS-Staates haben unter den führenden US-amerikanischen Politikern den Eindruck erregt, die Deutschen seien kollektiv dazu bestimmt, gegen die Friedensordnung in der Welt und das demokratische Freiheitsprinzip zu verstoßen. Als Fazit wurde die Diagnose gestellt, die Deutschen könnten sich mittels eigener Kräfte nicht erneuern. Das hat u.a. die Intensität der Schuldfrage im Fall Deutschlands und der Deutschen verstärkt.

Die Alliierten hatten bereits während des Krieges den Achsenmächten erklärt, dass sie die Hauptkriegsverbrecher vor Gericht stellen würden, wobei die Vorstellungen über die konkrete Verhandlung bei Roosevelt, Churchill und Stalin unterschiedlich waren. Die Außenministerkonferenz von drei führenden Ländern der Alliierten hat zwar Anfang November 1943 die *Moskauer Deklaration* verkündigt und waren sich einig, dass die Kriegsverbrecher zu suchen und diese in den Ländern vor Gericht zu stellen seien, in denen sie ihre Verbrechen begangen hatten. Aber im Hinblick auf die Hauptkriegsverbrecher, deren Verantwortung nicht geographisch begrenzt war, waren die drei Hauptalliierten zu keiner endgültigen Entscheidung gelangt: »The above declaration is without prejudice to the case of German criminals whose offenses have no particular geographical localization and who will be punished by joint decision of the government of the Allies.« Übereinstimmung in Bezug auf die Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher bedeutete allerdings nicht, dass ein Prozess stattfinden musste.

Churchill z.B. wollte die Hauptkriegsverbrecher, falls sie vor dem Ende des Krieges von den britischen Truppen gefangen genommen worden wären, standrechtlich auf der Stelle exekutieren lassen und glaubte, »durch die Veröffentlichung einer Namensliste das Kriegsende beschleunigen zu können, in der Hoffnung, daß damit die Hauptverantwortlichen innerhalb der Führungsschicht isoliert und sich die Vorgänge, die zum Sturz Mussolinis geführt hatten, in Deutschland wiederholen würden«.¹⁾

Ende November 1943 trafen sich Roosevelt, Churchill und Stalin zum ersten Mal an einem Tisch in Teheran. Der Sieg der Schlacht von Stalingrad war in Sicht. Außerdem ging es den drei Großmächten auch um die Besetzung Deutschlands in der Nachkriegszeit. Stalin hielt gegen Ende des gemeinsamen Trinkgelages folgende Rede: »Ich trinke auf unsere Entschlossenheit, sie[deutsche Kriegsverbrecher] sofort nach der Gefangennahme zu erledigen, und zwar alle, und es müssen ihrer mindestens fünfzigtausend sein.«²⁾

Mit fünfzigtausend waren sicherlich die gesamten Offiziere und Sachverständigen des deutschen Generalstabs gemeint, denn, so berichtet Churchill in seinen Memoiren, Stalin habe den deutschen Generalstab völlig liquidieren wollen. Churchill selber soll gegen diese launigen Erklärung von Stalins sehr empört ausgerufen haben: Das britische Parlament und die britische Öffentlichkeit würden »Massenexekutionen niemals gutheißen. [...] Die Sowjets dürfen sich in diesem Punkt keiner Täuschung hingeben.«³⁾

Churchill war zwar gegen die Massenexekution der deutschen Offiziere, beharrte aber bis zum letzten Moment des Krieges als einziger auf einer sofortigen standrechtlichen Erledigung der Hauptkriegsverbrecher nach der Bestätigung ihrer persönlichen Identität. »So war Churchill der Meinung, die NS-Führung nicht in den Genuss eines förmlichen Rechtsverfahrens kommen zu lassen, sondern sie einfach zu „Outlaws“, also zu „Vogelfrei“ zu erklären, wie dies im mittelalterlichen Britannien im Umgang mit gewöhnlichen Banditen der Fall gewesen war«, so erläutert die deutsche Historikerin Annete Weinke in ihrem anlässlich des zum 60 jährigem Jubiläum der Nürnberger Prozesse veröffentlichten Buch.⁴⁾

Auch Roosevelt sträubte sich noch im September 1944 gegen »einen langwierigen Prozeß und plädierte für ein standrechtliches Verfahren«. Sein Außenminister Cordell Hull hatte auch bereits in Moskau angeregt, Hitler, Mussolini, Tojo und ihre Hauptkomplizen vor ein Standgericht zu stellen. In seinem Aufsatz *Kriegsverbrecher als Rechtsproblem* versucht der deutsche Historiker Lothar Kettenacker herauszuarbeiten, seit wann und wie Roosevelt und ausgerechnet auch Stalin eine negative Einstellung zu der sofortigen standesrechtlichen Erledigung geäußert und ihren Interessenschwerpunkt auf die Verhandlung durch ein internationales Gericht verlagert.⁵⁾

Nach Kettenacker sollte laut dem britischen *Foreign Office* Demagogen wie Hitler und Goebbels keine Gelegenheit gegeben werden, in langen Tiraden ihr

verbrecherisches Tun vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen; »der Hitler-Prozeß in München sprach nicht für die Wiederholung dieses Spektakels.«⁶⁾ Den britischen Sachverständigen sei außerdem bewusst, »dass man sich nicht dem Vorwurf der Siegerjustiz aussetzen durfte[...]«. Was die Änderung der Einstellung Roosevelts betrifft, so erläutert Kettenacker diese im Zusammenhang mit der Besatzungsstrategie des Kriegsministers Henry L. Stimson. Im Gegensatz zum Kabinettskollegen Morgenthau mit seinem karthagischen Friedensplan ging Stimson davon aus, dass eine »drakonische Besatzungspolitik die Aufgaben der Militärregierung vor Ort nicht gerade erleichtern würde«. Es würde die gleichen katastrophalen Folgen wie das »Debakel von Versailles« haben. Stimson beschwor deshalb den Präsidenten, nicht dem Bedürfnis nach Vergeltung nachzugeben, sondern bei sämtlichen Handlungen die Zukunft zu bedenken: »I plead for no >soft< treatment of Germany. I urge only that we take steps which in the light of history are reasonably adapted to our purpose, namely the prevention of future wars.«⁷⁾

Stimsons Standpunkt richtet sich damit, so Kettenacker, sowohl gegen die sofortige Erledigung von Hauptkriegsverbrechern, als auch gegen die kollektive Anklage gegen das deutsche Volk als Ganzes. Stimson habe versucht, »es nicht bei den wenigen prominenten Nationalsozialisten zu belassen, sondern auch die vielen Befehlsempfänger und Henkersknechte in die Strafverfolgung« mit einzubeziehen, weil er glaubte, dem Deutschen Volk dadurch »unsinnige Vergeltungsmaßnahmen der Siegermächte zu ersparen«.

Im Herbst 1944 befand sich Präsident Roosevelt gerade im Wahlkampf, als die amerikanische Presse »den Morgenthau-Plan einer vernichtenden Kritik unterzog«. Im Feindesland hat die von der Presse veröffentlichte sensationelle Meldung über den Morgenthau-Plan vor allem Goebbels Munition für seine Durchhaltepropaganda geliefert, »so daß Roosevelt nichts anderes übrig blieb [...] als sich unauffällig davon [Morgenthau-Plan] zu distanzieren.«⁸⁾

Die Problematik jedoch, mit der sich sowohl Stimson, als auch General Marshall sowie die führenden Stabchefs auseinandersetzen mussten, lag darin, dass »das bisherige Völkerrecht nicht weiterhalf und daß die konventionelle Definition von Kriegsverbrechen dem Phänomen der nationalsozialistischen Genozidpolitik nicht gerecht wurde«. Trotz eines zur Lösung dieses Problems

ausgedachten neuen, innovativen Rechtsinstruments wie »conspiracy«, das längst ein Straftatbestand im anglo-amerikanischen Recht war, musste der »amerikanische Anklagepunkt [...] nur noch um einen weiteren Punkt erweitert werden, um dann seine endgültige Fassung anzunehmen: die systematische Vorbereitung des Angriffskrieges«. Noch dazu weist Kettenacker darauf hin, dass Stimson »ein passionierter Befürworter des Briand-Kellogg-Paktes [1928] war und sich als erster für dessen Anwendung gegen Japan [im Januar 1932] eingesetzt hatte (Hoover -Stimson-Doktrin)«.

Benannt wurde die Doktrin nach dem Präsidenten Herbert Hoover und dessen Außenminister, Henry L. Stimson und richtete sich gegen die japanische Expansion in der Mandschurei. Bei der »Hoover-Stimson-Doktrin« handelte es sich damit um die offizielle außenpolitische Antwort auf die japanische Invasion und der darauf folgende Okkupation der Mandschurei in Nordostchina. Die USA hatten damit als erster Staat nach dem Inkrafttreten des Friedenspaktes ihr völkerrechtliches Bedenken gegenüber dem Japanischen Kaiserreich zum offiziellen Ausdruck gebracht, weil auch Japan diesen Friedenspakt unterzeichnet und damit völkerrechtlich seine Bereitschaft gezeigt hatte, »einen offenen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik auszusprechen, um die jetzt zwischen ihren Völkern bestehenden friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dauernd aufrechtzuerhalten«.⁹⁾

Bei der juristischen Aufarbeitung dieser Doktrin im Hinblick auf Deutschland stellte sich allerdings eine Frage: »Can Hitler and the Nazi leadership be punished for their Acts of Lawless Aggression, thus implementing the Kellogg Pact and Outlawing War of Aggression?«¹⁰⁾ Die juristische Anfechtbarkeit der Anwendung des Grundsatzes des Friedenspaktes auf die nazistischen Gegner war noch nicht beseitigt. Das Problem lag darin, dass der Pakt keine konkreten Strafstatute vorschrieb, wenn eine der »Hohen vertragschließenden Parteien« gegen den Grundsatz des Paktes verstieß.¹¹⁾

Bezüglich der Überzeugungskampagne in Washington, um dem neuen Rechtsgrundsatz Geltung zu verschaffen, schreibt Kettenacker: »Ein erster Durchbruch wurde am 3. Januar 1945 erzielt, als Roosevelt in einem Schreiben an das Außenministerium empfahl[...]: >The charges against the top Nazis should include an indictment for waging aggressive and unprovoked warfare, in violation of the Kellogg Pact.<«¹²⁾ Damit war die britische Regierung in die

Isolierung geraten, weil auch Stalin seit Herbst 1944 auf einem gerichtlichen Verfahren bestanden und den Standpunkt vertreten hatte, dass es ohne ordentliche Gerichtsverfahren keine Exekutionen geben könne.¹³⁾

Der sowjetische »Ukas« (Erlaß) vom April 1943 enttarnt sich jedoch selbst als Schautribunal, denn in Artikel 5 heißt es: »Die Vollstreckung der Urteile der Feldgerichte bei den Divisionen- Todesstrafe durch Erhängen der Verurteilten- erfolgt öffentlich, vor dem Volk, der Körper des Gehängten bleibt einige Tage am Galgen, damit alle wissen, wie bestraft wird [...].«¹⁴⁾ Es lag damals schon auf der Hand, dass es Hitlers Deutschland war, das einen Invasionskrieg gegen die Sowjetunion begonnen und bei der fast kriminellen Kriegsführung jegliche Rücksichtnahme weder auf die Haager Konvention noch auf die Genfer Konvention gezeigt hatte, um einen Vernichtungskrieg in Gang zu setzen. Diese Tatsache wollten die Sowjets durch ein internationales Tribunal in der ganzen Welt bekannt machen, allerdings ohne ihren eigenen Verstoß gegen das Völkerrecht zu erwähnen.

Im Juli 1944 hat die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek befreit, und dies wurde auch in der westlichen Presse abgedruckt. Mit dem Einmarsch der westlichen Alliierten über die westliche Grenze ins Reich wurden auch Konzentrationslager an von ihnen besetzten verschiedenen Orten befreit. Die grauenvollen Zustände mit den schrecklichen Bildern der abgemagerten Häftlinge und der Leichenberge wurden von den Journalisten fotografiert und berichtet. Der in den USA tätige Historiker deutscher Abstammung, Konrad Jarausch schreibt zwar, diese abschreckenden Bilder hätten die Befürworter einer Politik der Strafe bestärkt, wie Henry Morgenthau, der genau wie US-Präsident Franklin Delano Roosevelt glaubte, dass »die ganze [deutsche] Nation sich auf eine rechtlose Verschwörung gegen die Anstandsregeln der modernen Zivilisation eingelassen habe«. ¹⁵⁾ Wie bereits erläutert wurde, verzichtete Roosevelt jedoch am Anfang des Jahres 1945 auf die standrechtliche Hinrichtung. Die Entdeckung der kaltblütig durchgeführten Delikte des SS-Staates haben daher mehr Einfluss auf die Potsdamer Konferenz ausgeübt – d.h. auf die Besatzungspolitik und Re-education.

Jarauschs Argument allerdings, dass beide Richtungen (Morgenthaus harte und Stimson's gemäßigte Besatzungsmaßnahme) jedoch in der Notwendigkeit

übereinstimmten, nicht nur die kurzfristigen Schäden des Nationalsozialismus zu reparieren, sondern auch mit den längerfristigen problematischen Traditionen deutscher politischer Kultur zu brechen, stößt auf keinerlei Einwand auch bei Kettenacker, der den Zweck des Nürnberger Prozesses durch die Alliierten darin glaubhaft zu machen sucht, »daß das Anklagematerial den Deutschen die Augen öffnen und zu einem fundamentalen Gesinnungswandel beitragen würde.«¹⁶⁾

Der Weg nach Nürnberg war, wie Kettenacker schreibt, keineswegs klar vorgezeichnet. Der Standpunkt Churchills, mit den großen Naziführern als »Vogelfreie« einen rapiden Schlussstrich unter ihre Kriegsverbrechen zu ziehen, so dass diese keine Gelegenheit erhalten würden, »sich vor der Weltöffentlichkeit zu erklären«, musste im Laufe der Kriegsjahre völlig revidiert werden. Denn gegen Ende April stimmten nicht nur die USA und die Sowjets, sondern auch de Gaulle dem internationalen Gerichtsverfahren für die Haupttäter zu. Das Thema *Angriffskrieg* wurde mehr und mehr »im Zusammenhang mit der bevorstehenden Gründung der United Nations Organisation in San Francisco gesehen: Das Völkerrecht, ja die Menschheit, so glaubte man zuversichtlich, waren in ein neues Entwicklungsstadium eingetreten.«¹⁷⁾ Wenn man die am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnete *Charter of the United Nations* liest, fällt einem gleich ein damaliges ernsthaftes Ringen um das Schaffen eines Weltfriedens auf. Betont wurde als Basis des Weltfriedens: »fundamentale Menschenrechte«, »Menschenwürde«, »Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von größeren und kleineren Staaten«, und »Beachtung des Völkerrechts und der internationalen Verträge «. ¹⁸⁾

Vor diesem völkerrechtlichen »Klimawandel« wollten die Amerikaner vor allem zwei Ziele verfolgen: »Zum einen sollte die deutsche Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit durch die Ermittlung umfassender Beweismaterialien aufgeklärt werden. Dieser Zweck war ein Element ihres umfassend angelegten Programms, mit Hilfe von Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung einen politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Zunächst aber sollten die Hauptverantwortlichen [...] vor einem internationalen Gericht angeklagt und verurteilt werden. Denn das Interesse der [USA] zielte vorrangig darauf, den Angriffskrieg nachhaltig zu ächten und Fehler, die sie nach dem Ersten Weltkrieg bei der Pariser Friedenskonferenz gemacht hatten, nicht zu wiederholen.«¹⁹⁾ Hinzu kam zudem ihre bittere historische Erfahrung, dass die Stimson-Doktrin weder

den Abessinien-Krieg(1935) noch den japanischen-chinesischen Krieg(1937) hatte verhindern können, geschweige denn den Zweiten Weltkrieg. »Erst vor diesem, damals noch sehr gegenwärtigen Erfahrungshintergrund«, so der deutsche Historiker Peter Reichel, »wird verständlich, dass für die USA und insbesondere ihren Chefankläger, den Bundesrichter und ehemaligen Justizminister Robert H. Jackson, nicht Auschwitz, sondern das Verbrechen gegen den Frieden im Vordergrund stand.«²⁰⁾

Die Rechtsdelegationen der Alliierten schlossen erst nach der vollständigen Lösung aller noch bestehenden streitigen Rechtsfragen schließlich am 8. August 1945 das Londoner Abkommen zur Errichtung des *International Military Tribunal in Nuremberg* (nachstehend als »IMT« bezeichnet) und der Text des Gerichts-Statuten wurde unterschrieben. Die heute als die »Nürnberger Prinzipien« im Völkerrecht verankerten Grundsätze des Statuts lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Jede Person, welche ein völkerrechtliches Verbrechen begeht, ist hierfür strafrechtlich verantwortlich.
2. Auch wenn das Völkerrecht für ein völkerrechtliches Verbrechen keine Strafe androht, ist der Täter nach dem Völkerrecht strafbar.
3. Auch Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder sind für von ihnen begangene völkerrechtliche Verbrechen nach dem Völkerrecht verantwortlich.
4. Handeln auf höheren Befehl befreit nicht von völkerrechtlicher Verantwortlichkeit, sofern der Täter auch anders hätte handeln können.
5. Jeder, der wegen eines völkerrechtlichen Verbrechens angeklagt ist, hat Anspruch auf ein ordnungsgemäßes Verfahren.
6. Folgende Verbrechen sind als völkerrechtliche Verbrechen strafbar:
 - a) Verbrechen gegen den Frieden,
 - b) Kriegsverbrechen,
 - c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
7. Verschwörung zur Begehung der genannten Verbrechen stellt ebenfalls ein völkerrechtliches Verbrechen dar.²¹⁾

Am 20. November 1945 begann die Verhandlung des IMT im Gerichtsaal 600 des Nürnberger Justizpalastes. Der Prozess wurde als der »Jahrhundert-

Prozess« per Medien in der ganzen Welt gesendet. Das »unwissende« Volk wusste mittlerweile aber zumindest, dass das NS-Regime erschreckend furchtbare Verbrechen begangen hatte und die Verbrecher einer Gerichtsverhandlung unterzogen würden, um dann hauptsächlich von den Siegermächten verurteilt zu werden.

Im Folgenden werde ich mich hauptsächlich mit zwei Fragen beschäftigen: 1) Wie reagierte die deutsche Bevölkerung auf das IMT? 2) Wie wurde das Urteil des IMT in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Geschichte der Bundesrepublik bewertet? Die Reaktionen der Deutschen auf das IMT werde ich jedoch nicht bloß anhand der Ergebnisse der Demoskopien von damals als positiv, fair oder negativ klassifizieren. Vielmehr werde ich in den Reaktionen der Deutschen, sowie im Wandel ihrer Bewertung vom IMT nach Anhaltspunkten suchen, was für Reflexionen sie in Bezug auf ihre politische, historische, gesellschaftliche oder individuelle Verantwortung gegenüber dem Schicksal ihrer niedergeschlagenen »Volksgemeinschaft« angestellt haben, und wie sie auf die Nürnberger Prinzipien sowie die durch Kontrollratsgesetze festgeschriebene »Entnazifizierung« durch die Alliierten reagierten.

(II) Reaktionen auf die Prozesse und die Entnazifizierung

Die Reaktionen auf das IMT waren unter den Deutschen ganz verschieden. In seiner »Schuldfrage« zählt der Philosoph Karl Jaspers damalige Vorwürfe und Einwände gegen das IMT auf und beschreibt die ihnen grundlegende Auffassungen und Lebensanschauungen zusammenfassend folgendermaßen: »Die Natur des Menschen, seine universelle Schuldhaftigkeit, führt zu den Kriegen « oder »es ist etwas Unlösbares im menschlichen Dasein, daß immer wieder zur Entscheidung durch Gewalt drängt, was zum Austrag gebracht werden muß >durch Anrufen des Himmels<.«

Dagegen betont Jaspers zunächst den völligen Unterschied des von Hitlerdeutschland »planmäßig vorbereitete[n] und ohne Provokation von anderer Seite begonnen[en]« Krieges zu dem Krieg von 1914. Im Hinblick auf Hitlers verbrecherisches Handeln argumentiert er, sein Handeln sei von vornherein gegen jede Möglichkeit einer Versöhnung gerichtet gewesen. Daher sei der Satz Kants: im Kriege dürfen keine Handlungen geschehen, die eine spätere Versöhnung schlechthin unmöglich machen, zuerst von Hitlerdeutschland

grundsätzlich verworfen worden. Wenn auch ein Großteil der Soldaten und auch ganze Truppenteile schuldfrei seien und sich ihrerseits stets ritterlich verhalten hätten, so sei dies doch »hinfällig, wo die Wehrmacht als Organisation Hitlers verbrecherische Befehle auszuführen übernommen hat.«²²⁾

Unter den Deutschen gab es vom Anfang an juristische Streitigkeiten über die Nürnberger Prinzipien, weil das Gericht sich allein aus den Richtern und Klägern der Siegermächte zusammensetzte. Der Prozess sei für alle Deutschen eine nationale Schmach. Wären wenigstens Deutsche im Gericht, so würde doch der Deutsche von Deutschen gerichtet.²³⁾

Dagegen gibt Jaspers seine realpolitische Erwiderung: »Die Ernennung etwa eines deutschen Gerichts oder von Deutschen zu Beisitzern seitens der Sieger würde gar nichts ändern. Sie wären nicht kraft deutscher Selbstbefreiung, sondern durch Gnade des Siegers im Gericht. Die nationale Schmach bliebe die gleiche.«²⁴⁾

Hinzu kam der juristische Einwand hinsichtlich des Rechtsprinzips »nulla poena, sine lege/ Keine Strafe ohne Gesetz«. Es wurde ferner daran Kritik geübt - und damit kam der Vorwurf der »Scheinhaftigkeit des Gerichts« auf -, dass »die als verbrecherisch erklärten Handlungen nur dann vor Gericht gestellt werden, wenn sie seitens eines besiegten Staates begangen sind.« Dagegen würden dieselben Handlungen seitens souveräner oder siegender siegreicher Staaten stillschweigend übergangen, nicht erörtert, geschweige denn bestraft.

Sowohl in Deutschland als auch in Japan gab es noch starke Vorwürfe gegen einen Militärgerichtshof, weil Kriegsverbrechen der Alliierten, vor allem die wahllose Bombardierung deutscher Städte und die Verwendung der Atombomben durch die USA gar nicht auf der Anklageliste ständen, und sowjetische Verbrechen wie die Massen Erschießung von Katyn auch den Nationalsozialisten angelastet worden seien.²⁵⁾

Dieser Einwand zeichnet sich als das »Tu quoque«-Argument ab. Jaspers verneint aber die Legitimität dieses Arguments im Fall des Dritten Reichs, wogegen dieses Argument in Japan heute noch relativ starke Aussagekraft besitzt und einen wichtigsten Kern der Kritik gegen den Tokioter Prozess bildet.

Zwanzig Jahre nach dem IMT hat der Historiker Golo Mann eine Folgerung

gezogen: »Sieger-Justiz ohne Zweifel und dadurch beeinträchtigt, daß nach den ‚Kriegsverbrechen‘ der Sieger niemand fragen durfte; aber wer sonst hätte den Prozeß führen sollen?«²⁶⁾ Golo Manns nüchterne ironische Stellungnahme trifft sicherlich den Kern des zerrissenen Bewusstseinszustandes, in dem sich die damaligen Bundesdeutschen befanden. Denn: Kaum einer wagte es, Einwände gegen die historische Tatsachen zu erheben, dass die Deutschen sich nicht selber von dem verbrecherischen Regime befreit hatten, sondern durch die Alliierten befreit worden waren und ihnen so zumindestens eine Überlebenschance gegeben wurde. Da verbarg sich doch bei vielen gleichzeitig das heimliche Gefühl auch Opfer des Regimes zu sein. Diese Ambivalenz, anders ausgedrückt, die Zerrissenheit der subjektiven Gefühle und der objektiv-sachlichen von den Siegern oktroyierten Kenntnisse über die Verbrechen des NS-Regimes hat das Bewusstsein vieler Deutschen geprägt. Viele aus der Generation, die das NS-Regime mit dem vollem Bewusstsein eines Erwachsenen erlebt hatten, haben diesen zerrissenen Seelenzustand in sich tragen müssen, während sie gleichzeitig versuchten, die Erinnerung an ihre jüngste Vergangenheit und den damit eng verbundenen Nürnberger-Prozess aus ihrem Gedächtnis zu verdrängen. Jaspers hat dabei nicht übersehen, dass durch diesen Prozess Gefühle der »Kränkung« sowie »Würdelosigkeit« in den meisten Deutschen erregt worden seien und Jaspers hielt diese für verständlich. Denn nach Jaspers sei jeder Staatsbürger bei dem, was der eigene Staat tut und leidet, »mithaftbar und mitgetroffen«. Ein Verbrecherstaat falle aus diesem Grund, aus politischer Mitverantwortung, dem ganzen Volk zur Last. »In ihnen wird das Volk mit verurteilt. Daher wird die Kränkung und Würdelosigkeit in dem, was die Staatsführer erfahren, vom Volke als eigene Kränkung und Würdelosigkeit empfunden.«²⁷⁾ Auf die Vermutung, welche Haltung und Stellungnahme zum Prozess diese Empfindung mit sich bringen würde, antwortet Jaspers: »die instinktive, zunächst noch gedankenlose Ablehnung des Prozesses«. ²⁸⁾ Er schreibt weiter, die nationale Schmach liege nicht im Gericht, sondern in dem, was zu ihm geführt habe, in der Tatsache dieses Regimes und seiner Handlungen. Um dies nochmals zu bestätigen, argumentiert Jaspers nachdrücklich, es gehe in eine falsche Richtung, wenn es sich gegen den Prozess, statt gegen dessen Ursprung wende. ²⁹⁾

Auch gegen den juristischen Einwand hinsichtlich des Rechtsprinzips »nulla poena sine lege« versucht Jaspers den Prozess zu verteidigen, indem er sagt, dass im Sinne der Menschlichkeit, der Menschenrechte und des Naturrechts und im

Sinne der Ideen der Freiheit und Demokratie des Abendlandes bereits Gesetze existierten, an denen gemessen Verbrechen bestimmbar seien.³⁰⁾

Trotz dieser Erwiderung hatte Jaspers nicht die Absicht, auf der Seite der Sieger zu stehen und die Deutschen wegen ihrer politischen Gehorsamkeit schonungslos anzuklagen. Im Hinblick auf den Prozess bringt Jaspers sowohl seine Hoffnung auf die positiv wirkenden Folgen als auch seine Bedenken über die negativen Folgen des Prozesses in der Zukunft zum Ausdruck: »[...] es würde die Enttäuschung durch Unwahrhaftigkeit eine umso schlimmere, neue Kriege fördernde Weltstimmung wecken; Nürnberg würde statt zum Segen vielmehr zu einem Faktor des Verhängnisses werden; die Welt würde schließlich urteilen, der Prozeß sei ein Scheinprozeß und ein Schauprozess gewesen. Das darf nicht sein«. ³¹⁾

Jaspers' Erörterung der Reaktion seiner Zeitgenossen auf das IMT ist deshalb heute noch sehr aufschlussreich, weil er darin moralische und mentale Einwirkungen des Prozesses auf das Bewusstsein der Deutschen anschaulich gemacht hat. Das gehört zweifelsohne zu einer der besten soziopsychologischen Darstellungen über die Folgen der Besetzung und des Strafprozesses durch die Siegermächte. Gleichzeitig legt seine Erörterung nahe, wie groß seine Hoffnung auf die gerade damals »zu erbauende Welt« und das Errichten einer völlig neuen wünschenswerten »Weltordnung« und »Weltregierung« war, der sich auch die Siegermächte unterwerfen sollten. Von dieser Hoffnung erfüllt, wollte er nicht »nihilistisch triumphierend voraussetzen, daß es ein Scheinprozeß sein müsse«, sondern »brennend wünschen, es möchte gelingen«³²⁾. Die Mächte, die in Nürnberg richteten, »bezeugen, daß sie die Verantwortung für die Menschheit als das Ergebnis ihres Sieges wirklich übernehmen wollen und nicht bloß für ihre eigenen Staaten. Solch Zeugnis darf kein falsches Zeugnis sein«, ³³⁾ so macht er das Gelingen des Prozesses zum Postulat für die Zukunft der Weltregierung. ³⁴⁾

Im Laufe dieses Abschnittes werden wir allerdings sehen, welche enttäuschte Stellungnahme Jaspers nach zwanzig Jahren zum Weltstand von »Nach-Nürnberg« bezogen hat. Hingegen hat er seine Einsicht, dass »im Sinne der Ideen der Freiheit und Demokratie des Abendlandes Gesetze« bereits vorhanden seien, nicht revidiert, als er anlässlich der »Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen« im Bundestag 1965 über den von den Befürwortern der Verjährung ausgesprochenen »Makel rückwirkender Kraft (nulla poena sine lege)« im Hinblick sowohl

auf »Rechtssicherheit und Gerechtigkeit« als auch auf die Verhältnisse des Grundgesetzes und des Völkerrechts, hier die sogenannte »Römische Konvention« von 1950 zitierte. Dazu werden wir uns später Jaspers' Stellungnahme zur Verjährungsdebatte anhand des mit Rudolf Augstein geführten Gesprächs »Für Völkermord gibt es keine Verjährung« und seiner anderen zu diesem Thema geschriebenen Aufsätze ansehen. Denn die dort diskutierte Rechtsfrage, »ob die Änderung der Verjährung wegen einer rückwirkenden Kraft rechtswidrig sei«, hatte immerhin Bezug zu den Nürnberger Prinzipien.

Ungeachtet der Sorge Jaspers hat das Ergebnis der amerikanischen Demoskopien im Oktober 1946 gezeigt, dass 78% der befragten Deutschen in der amerikanischen Besatzungszone das Verfahren des Nürnberger Prozesses für »fair« gehalten hätten. Diese Rate fiel aber gut vier Jahre später drastisch auf 38% ab. Die ablehnende Quote bei den Gebildeten war höher als bei den weniger gebildeten.³⁵⁾

Diesbezüglich stellt der deutsche Zeithistoriker Norbert Frei eine Frage: »Wie ist dieser dramatische Umschwung zu erklären? Was war zwischen 1945/46 und 1950 geschehen, das so vielen Deutschen Anlaß gab, ihre Meinung zu revidieren?«

Wie ich bereits erläutert habe, weist auch Frei darauf hin, dass die Alliierten, allen voran die Amerikaner, das IMT von Anfang an keineswegs nur als ein Instrument der Bestrafung, sondern ebenso sehr als Instrument der historisch-politischen Aufklärung konzipiert hatten. Der »aufklärerische, edukatorische Zweck« habe also hohes Gewicht gehabt, wenn nicht Priorität. Frei schreibt nachdrücklich: »Das Pathos des ‚Nie wieder‘ [...] blieb auf die Eröffnungssitzung [des IMT] am 18. Oktober 1945 nicht beschränkt, und auf Seiten der USA war es zweifellos am stärksten; [...] und die Amerikaner waren es denn auch, die das Konzept einer systematischen justiziellen Ahndung der nationalsozialistischen Verbrechen in den zwölf sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozessen nach dem Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition bis Mitte 1949 im Alleingang weiterführten.«³⁶⁾

Um zu verstehen, wie sich »die aggressive Abwehr« der Deutschen dann »gegen das *System von Nürnberg* und den darin vermeintlich enthaltenen Kollektivschuldvorwurf herausbildete«, so Frei, müsse »die Dimension dieser

säuberungspolitischen Anstrengungen der Westmächte« wenigstens mit ein paar Stichworten und Zahlen umrissen werden:

Stichwort juristische Säuberung: Vor, neben und nach dem Verfahren vor dem IMT und den zwölf Nachfolgerprozessen gab es in den drei westlichen Besatzungszonen Militärgerichtsverfahren gegen rund 5000 Angeklagte, von denen etwa 800 zum Tode verurteilt wurden[...].

Stichwort Internierung: [...] Allein in der amerikanischen Zone belief sich die Zahl der Internierten gegen Jahresende 1945 auf etwa 100 000 Personen, und insgesamt etwa doppelt so viele dürften von den Westmächten teils zwar nur für Wochen, teils aber auch bis zu drei Jahren in Haft gehalten worden sein.

Stichwort Entnazifizierung: Hier ist nicht nur an die jeden betreffende Prozedur des ‚Fragebogens‘ und die Spruchkammerverfahren zu erinnern, denen immerhin rund 3,6 Millionen Deutsche ausgesetzt waren, sondern auch an die rigorose Politik der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst, mit der besonders die amerikanische Militärregierung agierte. [...] mußte in der US-Zone schließlich jeder Beamte seinen Schreibtisch räumen, der der NSDAP vor dem 1. Mai 1937 beigetreten war. Hunderttausend waren von diesen Maßnahmen zumindest vorübergehend betroffen. Daß es dabei auch zu Ungerechtigkeiten kam, läßt sich leicht vorstellen. Den meisten Deutschen aber kamen diese Fehler, pointiert gesagt, gerade recht: Lieferten sie doch Ansatzpunkte für eine ebenso intransigente wie rasch einsetzende Kritik, die sich dann im Zeichen der Weststaatsgründung zu einem Generalverdikt gegen das gesamte Projekt der politischen Säuberung auswuchs.(Hrvh. v. H.Y) ³⁷⁾

Frei macht außerdem darauf aufmerksam, dass ein »zwar kleiner, aber wichtiger Teil der amerikanischen öffentlichen Meinung [...] bereits die juristische Fairneß des Vorgehens gegen die sogenannten Hauptkriegesverbrecher, noch ehe der Prozeß [...] begonnen hatte«, ³⁸⁾ bezweifelte. Die »prominente Publizistin Dorothy Thompson« habe beispielweise »Vorbehalte gegen ein Verfahren, in dem die Richter zugleich Ankläger und „executioner“ seien«, bekundet. ³⁹⁾ »Diese inneramerikanische Kritik«, so Frei, »bildete einen wichtigen Anknüpfungspunkt für jene Kräfte, die bald auch in Deutschland beginnen sollten, auf eine Abkehr

von den Nürnberger Prinzipien hinzuarbeiten.«⁴⁰⁾ Als eine »jene[r] Kräfte« meint Frei auch die »Würdenträger beider Konfessionen«, denen die »besondere Wertschätzung der Militärregierungen zuteil geworden« sei. Dieser Umstand habe das kirchliche Selbstbewusstsein rasch in erstaunliche Höhen geführt, und einer Reihe prominenter Geistlicher erschien es nun geradezu als Pflicht, bei den Besatzungsmächten für ihre der Kriegsverbrechen beschuldigten Landsleute einzutreten.⁴¹⁾ Das Engagement für Amnestie mehrerer Vertreter beider Konfessionen- seit 1946/47 »verbanden sich solche ad personam erhobenen, scheinbar ganz in christlichen Geboten gründenden Bitten um Gnade und Barmherzigkeit allerdings zunehmend mit politischen Motiven«⁴²⁾ - soll daher im Folgenden als ihre Reaktion gegen die Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen nach 1945 der näheren Erörterung unterzogen werden.

(III)

Die evangelische Kirche und ihre Stellungnahme zu den Nürnberger Nachfolgeprozessen und zur »Entnazifizierung«

Der evangelische Bischof Theophil Wurm, der während der NS-Zeit mit seinem Schreiben an den Reichsinnenminister Frick gegen das sogenannte »Euthanasieprogramm« protestiert hatte, schrieb an den britischen Hauptrichter des IMT, Sir Geoffrey Lawrence hinsichtlich des im Gericht behandelten ausschließlich deutschen Anteils am Angriffskrieg gegen Polen und spielte auf die Sowjetunion an: »Es wäre etwas Furchtbares, wenn durch das Nürnberger Urteil die Meinung bestärkt würde, daß es auf Erden kein Recht mehr gibt, sondern daß das Recht nur von der Macht diktiert wird.« Damit wollte der Bischof seinen Willen zum Ausdruck bringen, »Verbrechen gegen die Menschlichkeit überall in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu strafen, wo, von wem und an wem sie auch immer begangen werden. Nur unter dieser Voraussetzung kann der Gerichtshof im Namen der Menschlichkeit urteilen«. ⁴³⁾

Auch der katholische Weihbischof Johannes Neuhäuser, der 1939-45 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau interniert war und sich nach dem Krieg mit seinem Buch *Kreuz und Hakenkreuz* gegen die Kirchenkritiker gewandt hatte, wurde 1951 einer der Gründungsmitglieder des Vereins »Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte«, der sich ausgerechnet für die durch die Nürnberger Nachfolgeprozesse zum Tode verurteilten und im alliierten

Kriegsverbrechergefängnis Landsberg einsitzenden NS-Täter einsetzte.

Die Frage, ob die Geistlichen beider Konfessionen, die dem NS-Regime widerstanden hatten, nun allein in voller christlicher Überzeugung »das Böse mit Gutem überwinden« wollten, gehört nicht zum Thema dieses Abschnitts. Im Fall der evangelischen Kirche jedoch bedarf es einer Erörterung: warum eigentlich keine Erklärung der evangelischen Kirche in den ersten Nachkriegsjahren »eine so heftige und kontroverse Debatte« ausgelöst hat wie das bekannte Schuldbekenntnis, das der Rat der neu gegründeten Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auf seiner zweiten Sitzung am 18/19. Oktober 1945 in Stuttgart ablegte. Was mit diesem Bekenntnis vom Rat »mit großem Schmerz« verlautbart werden musste, war die Anerkennung der Tatsache, dass »unendliches Leid« durch die Deutschen »über viele Völker und Länder gebracht« worden sei. Der zentrale Passus lautete dann: »Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seine Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt.«

Einen Hauptgrund für die Abwehr gegen dieses Schuldbekenntnis sucht der Historiker Clemens Vollnhals in der damaligen »vorherrschenden Stimmungslage« und dem Selbstverständnis der meisten Nationalprotestanten in Deutschland: »Den meisten Kirchenführern widerstrebte es, wie der Berliner Bischof Dibelius von sich selbst bekannte, allein das ‚Schuldkonto‘ der Deutschen zu belasten.«⁴⁴⁾ Wie Wurm im Dezember 1945 an Martin Niemöller schrieb, sei es den Kritikern des Schuldbekenntnisses enorm schwierig gewesen, zuzugeben, daß der Weg der Deutschen, und auch der Weg der Kirche, ein Irrweg gewesen sei, sofern sie ihre »Hoffnungen für das Reich Gottes allzu eng mit den besonderen Anliegen für Volk und Vaterland verbunden« hätten. Wurm gestand zu, er sei zwar kein Preuße, sei aber trotzdem mit den Ideen des Bismarckreiches aufgewachsen.⁴⁵⁾

Angesichts des Überbleibels der in der »pervertierten Kriegstheologie des Ersten Weltkrieges« kulminierten »Identifizierung von Kaiser, Reich und evangelischer Frömmigkeit« findet Vollnhals zwar einen tiefen Einschnitt, den das Stuttgarter Schuldbekenntnis »in kirchen- und ideengeschichtlicher Betrachtung« markierte. Eine andere Frage sei jedoch, »welche Konsequenzen sich aus dem

Schuldbekenntnis für die konkrete Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ergaben, wie die evangelische Kirche auf die Maßnahmen der Siegermächte zur politischen und gerichtlichen Abrechnung mit der personellen Hinterlassenschaft des ‚Dritten Reiches‘ reagierte«. ⁴⁶⁾

Was waren die Umstände, die einige namenhafte Vertreter der beiden Konfessionen in ihrem Engagement für Begnadigung und ihren Protestversuchen gegen die radikale Entnazifizierungsmaßnahme und die Strafverfolgung verbanden? Im Hinblick auf die Rolle der Kirche in der Gesellschaft lag beiden Konfessionen, nach Vollnhals Erörterung, die gemeinsame »Sorge um den Bestand der bürgerlichen Ordnung und die aus dem Trauma von 1918/19 gespeiste Furcht vor revolutionären Umwälzungen« zugrunde. Um noch ein Beispiel zu nennen, sei an dieser Stelle ein privates Schreiben des Landesbischofs der lutherischen Kirche in Bayern, Hans Meiser zitiert: »Ich kann Ihnen nur ganz und voll darin zustimmen, daß gerade die *Idealisten*, die ursprünglich im Nationalsozialismus eine Bewegung zur inneren und äußeren Gesundung des deutschen Volkes und zur Abwehr des drohenden Bolschewismus erblickten, die *Opfer* eines Irrtums und eines Betrugs geworden sind, und daß man sie heute zu Unrecht dafür zur Verantwortung zieht (Hrvh.v. H.Y).«⁴⁷⁾ Vollnhals merkt an, die Kirchenführer hätten in der von der amerikanischen Militärregierung angestrebten Demokratisierung der deutschen Gesellschaft und im gesellschaftlichen Pluralismus vornehmlich die »Folgen einer verhängnisvollen Säkularisierung- des Abfalls der modernen Welt von Gott und Kirche-«⁴⁸⁾ gesehen. Dementsprechend habe die Schuldfrage »keine benennbare politische Dimension [besessen], sondern war metaphysisch in den allgemeinen Säkularisierungsprozeß der Moderne, in die Dämonie der Macht eingebettet«. Wie der Titel des damaligen Werkes von Theologen Walter Künneth: »Der große Abfall. Eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum(1947)« suggerierte, so Vollnhals, »stellte sich nicht mehr die Frage nach spezifischen Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte und der konkreten politischen Verantwortlichkeit einzelner oder gesellschaftlicher Gruppen«. ⁴⁹⁾ Es stellt sich daher auch noch Frage, ob die EKD nicht anerkennen wollte oder konnte, dass »die Stimmungen vom August 1914 und die daran anknüpfende Literatur und Ideologie« erneut mitgeschwungen hatten, als Hitler »Deutschland und das Dritte Reich als eschatologische Heilsbegriffe« in Einklang zu bringen, versuchte. Denn: Eben im Aufruf zur »Volksgemeinschaft«, in

der auch »Deutsche Christen« und ihre »Idealisten« gleichgeschaltet worden waren, fand der Historiker Martin Broszat einen politisch-modernen »Aufruf zur Überwindung der Relikte vorbürgerlicher, vorindustrieller sozialer Hierarchien und Normen, Aufruf zur Bildung einer modernen, mobilen bürgerlich-nationalen Massengesellschaft«. ⁵⁰⁾

Im Gespräch am 10. August 1945 mit einem amerikanischen Stadtkommandanten in Stuttgart hat ein evangelischer Prälat im Rückblick auf die »Machtergreifung« und ihre Wirkung auf die Kirche auf Folgendes aufmerksam gemacht: Der Ruf der Partei 1933 habe sich ausgesprochen an den *Idealismus* der besten Männer gewandt und die Ausdrücke »Neues Deutschland, Christliches Deutschland« usw. seien in den ersten Monaten von 1933 von größter Wirkung auf alle Kreise gewesen. Viele unserer besten Leute seien damals dem Ruf Hitlers gefolgt. ⁵¹⁾ (Hrvh.v. H.Y)

Die Kirchenleitung in Hessen (-Darmstadt) gehörte beispielsweise damals zu den wenigen evangelischen Landeskirchen, in denen die Bruderräte den Weg einer genuinen Selbstreinigung einschlugen und mit der Gründung eines Untersuchungsausschusses ihr eigenes »Verfahren gegen Geistliche und Kirchenbeamte wegen unkirchlichen Verhaltens [seit 1935]« einleiteten. Sie betrachteten dabei die »Machtergreifung« von 1933 als die »Revolution, die von Hitler und seinen Genossen eingehend vorbereitet war«. Eine Analyse der NS-Bewegung und ihrer Ideologie wurde zwar unternommen. Wenn es jedoch um »die Persönlichkeit Hitlers und ihre Anziehungskraft« ging, wichen sie davon ab, dies rational zu erklären und verwiesen auf eine Art diffuse Metapher über »das Dämonische« in Anlehnung an Goethe. Diese Einsicht veranlasste folglich die evangelische Kirche in Deutschland, die zwar der Ansicht gewesen sei, dass jeder, der ein Verbrechen im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Herrschaft begangen hätte, bestraft werden müsse, gegenüber der von den Militärregierungen durchgeführten Entnazifizierung zu folgender apologetischen Erklärung: »Viele Deutschen tragen aus ihrer Zugehörigkeit zu NS-Organisationen für die geschehenen Untaten eine persönliche Mitverantwortung, wenngleich die Kirche nicht daran vorbeigehen kann, daß viele *aus lauterer Beweggründen* den nationalsozialistischen Organisationen *in Unkenntnis ihres wahren Wesens* beigetreten sind. [Hrvh.v.H.Y].« Hinzu kamen noch die Bedenken der Kirche, dass die Entfernung vieler Menschen aus Ämtern, die sie an sich »untadelig

wahrgenommen« hätten und ihre Ausstoßung in wirtschaftliche Verelendung das langsam wachsende Rechtsempfinden erneut zerstöre und »die Grundlagen für einen Nihilismus« schaffe, der sich »weit über Deutschlands Grenzen hinaus [...] auswirken« werde. Diese Auffassung, die verbrecherische NS-Ideologie mit gottlosem Nihilismus gleichzusetzen, bedarf näherer Betrachtung.

Statt die anscheinend rational nicht zu er- und aufzuklärende Ursache der Katastrophe auf die »Dämonie« der Persönlichkeit Hitlers zurückzuführen und schnellstmöglich einen Schlussstrich unter die NS-Zeit zu ziehen, hätte die EKD mit der Analyse beginnen können, wie die NSDAP ihre Verheißung des nationalen Aufstiegs und sozialen Ausgleichs »glaubend, wünschend, hoffend festmachen« konnte.⁵²⁾ Wie Broszat erörtert, hat die NSDAP eben an »das aus vielerlei sozialen Ängsten, materiellen Nöten, individuellen Verweslichkeiten und kulturellen Entfremdungen zusammengesetzte Pathos der Depression und Desintegration«⁵³⁾ appelliert.

Gerade diese vom »Modernitäts- und Mobilisationsappeal« begleitete Verheißung war »potentiell durchaus geeignet, noch weit größere Teile der Nation anzusprechen als die 37 Prozent, die Hitler im Juli 1932 die Stimme gaben; das zeigte sich bald nach 1933«. ⁵⁴⁾ Der EKD fehlte damals diese »analytische Erfassung der realen, sozialen und sozialpsychologischen Gründe der Massenresonanz des Nationalsozialismus«.

Der Zweck der Entnazifizierungspolitik der amerikanischen Militärregierung lag von Anfang an in der politischen und juristischen Säuberung der NS-Vergangenheit, um durch vollständige Auflösung der völkisch-nationalistisch vorgestellten »Volksgemeinschaft« eine neue politische Ordnung zu schaffen. Der württembergische Militärgouverneur William Dawson teilte z.B. Mitte Juli 1945 den Kirchenführern mit, dass die Militärregierung für die Übergangszeit lieber ein gewisses Chaos in Kauf nehme, als auf die politische Säuberung zu verzichten.⁵⁵⁾

Diese Entschlossenheit der Amerikaner im Hinblick auf eine radikale Säuberung kann man auch in einem »streng vertrauliche[n]« Schreiben des Prälaten Karl Hartenstein an den Oberkirchenrat in Stuttgart vom 10.8.1945 sehen. Es lautet dort: »Dann erklärte er [der amerikanischer Stadtkommandant Colonel Jackson] mir in eingehender Aussprache die Politik der Amerikaner. Der Wille der Amerikaner sei, ein neues Deutschland zu schaffen. Dies könne auf keinen

Fall mit alten Leuten erreicht werden, d.h. mit Männern, die das NS-Regime durch den Beitritt in die Partei unterstützt hätten und nicht genug innere Stärke besessen hätten, aus der Partei auszutreten, nachdem die erkannt hätten, wohin der Kurs gehe.«⁵⁶⁾

Der Prälat hat auch versucht, den furchtbaren Terror des NS-Regimes zu erwähnen, »von dem sich ein demokratischer Amerikaner kein Bild mache«, der aber auf der deutschen Bevölkerung gelegen habe und »es den meisten Männern unmöglich gemacht habe, auszutreten, wenn sie nicht um Amt und Brot kommen wollten«. Ferner betont der Prälat, dass dieses radikale Ausscheiden aller PG [Parteigenosse] aus den Beamten- und Angestelltenverhältnissen von Staat und Stadt zur Folge habe, dass die von ihm oft genannte Krisis außerordentlich verschärft werde [...], und dass die Gefahr bestehe, dass Leute ohne jede Erfahrung und vor allem auch Menschen in Beamtenstellungen kämen, die das große Risiko des *Abenteuers* mit sich brächten. Die Antwort des amerikanischen Colonels lautete: Jedenfalls seien sie, die Amerikaner, bereit, dieses *Abenteuer* zu wagen und ein neues Deutschland aufzubauen.⁵⁷⁾

Mit dem »Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus« im März 1946 hat sich der Umstand für die Kirchen selber drastisch geändert, denn mit dem »Befreiungsgesetz« wurden nicht nur die Laien, »die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben«, aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen, sondern auch die Kirche selber sah sich mit dem Umstand konfrontiert, nicht wenige der »belasteten« Pfarrer »von der Einflussnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben« auszuschließen.⁵⁸⁾

Die für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau als eine unerlässliche Vorbedingung festgeschriebene Gesetzgebung zur »Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus« betraf in erster Linie die Deutschen im öffentlichen Dienst. Aus der Sicht der Kirchen seien jedoch viele von ihnen »kirchentreu Gemeindeglieder« gewesen, während der »demokratiefeindliche Geist« der deutschen Beamenschaft von der SPD und den Gewerkschaften diskreditiert wurde. Für den Gewerkschaftsführer Hans Böckler seien die Staatsdiener »nach oben dienstwillig« gewesen und hätten »nach unten

getreten«. ⁵⁹⁾

Bereits am 20. Juli 1945 wendeten sich der evangelische Bischof Meiser und der katholische Erzbischof Faullhaber gemeinsam an die amerikanische Militärregierung mit der Bitte: »in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also *nicht pauschal* zu bemessen.« Die beiden Geistlichen erklärten dann ihre Bereitschaft, zur »geistige[n] Umschulung [ihres] Volkes von den nat. soz. [sic] Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral«, sowie zur »Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste des Christentums« beizutragen. Diese »dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden«. Sie wiesen auf drei Punkte hin und baten um deren Revidierung: Punkt eins war die Massenentlassungen aus Amt und Stellung. Entlassungen in Bausch und Bogen, Punkt zwei die pauschale Verurteilung aller SS-Männer. Der gerechte Richter müsse unterscheiden zwischen solchen, die sich aus freiem Willen zu dieser Waffe gemeldet hätten und solchen, die auf Kommando, ohne richtig zu wissen, was sie taten, in die SS. Einheiten überschrieben wurden. Punkt drei betraf die Verhaftung von führenden Männern der Wirtschaft. ⁶⁰⁾

Die massenhafte Entlassung der belasteten Personen aus dem öffentlichen Dienst und die Ablehnung der Bewerbungen solcher Personen durch einen »Special Branch« der amerikanischen Militärregierung wurde dabei von der entscheidenden Frage begleitet, wer nur Mitläufer und wer auch ohne Parteibuch Aktivist gewesen sei. Dies konnte nicht durch einen »Fragebogen«, sondern »nur von Deutschen differenziert beurteilt werden«. ⁶¹⁾ Für die deutsche Öffentlichkeit schien daher der Grund der heftigen Reaktion »weniger in der Gesamtzahl der Entlassenen oder zurückgewiesenen Bewerber« zu liegen, »als vielmehr in gravierenden politischen und psychologischen Fehlern der amerikanischen Entnazifizierungspolitik«. ⁶²⁾

Die radikale Säuberung des öffentlichen Dienstes schien den Kirchenführern demzufolge mit ihrer »Ersetzung durch Beamte und Angestellte aus Kreisen der Arbeiterbewegung und des liberalen Bürgertums zu einem wachsenden Einfluß jener Gesellschaftskonzeptionen [zu] führen, die auf die Trennung von Staat und Kirche abzielte.« ⁶³⁾

Wie bereits erläutert, hatten die Umfrage der Deutschen in der amerikanischen Besatzungszone zu Beginn des IMT noch positive Ansichten über den Prozess ergeben. Diese Rate ging gut vier Jahre später drastisch auf 38% zurück. Die Fortsetzung der Nürnberger Nachfolgeprozesse sowie die »Entnazifizierung« bildeten sicherlich den Hintergrund dafür. Der württembergische Landesbischof Wurm hat beispielsweise mit dem Wiesbadener Kirchenpräsidenten Martin Niemöller eine Eingabe an den amerikanischen Militärgouverneur Lucius Clay gerichtet und nicht zuletzt über den gerade laufenden OKW-Prozess in bisher kaum gehörter Deutlichkeit geurteilt: »Mit der Besetzung des Gerichtshofs durch Zivilrichter bei der Aburteilung kriegsgefangener Offiziere hat sich das Nürnberger Gericht von der bisherigen, nach völkerrechtlichen Grundsätzen festgelegten Gewohnheit entfernt. Das zu diesem Zweck gebrauchte Mittel, die Offiziere vorher ihrer militärischen Ränge zu entkleiden, hat sein letztes geschichtliches Beispiel in der Behandlung der deutschen Offiziere des 20. Juli 1944 durch Adolf Hitler.«⁶⁴⁾

Darüber hinaus haben die evangelischen Bischöfe dem amerikanischen Gouverneur Lucius Clay offen mitgeteilt, dass »der Interalliierte Militärgerichtshof für die öffentliche Meinung inzwischen zu einem amerikanischen Gericht geworden« sei, und sie seien in der Lage, »sollte die amerikanische Regierung die Einsetzung einer zweiten Instanz ablehnen«, den Gouverneur darum zu bitten, »sich für die Einrichtung einer internationalen Berufungsinstanz einzusetzen«. ⁶⁵⁾ Sowohl Frei als auch Vollnhals finden im Kern dieser Eingabe die Klage über die Nürnberger Verfahren: »[I]hre psychologischen Auswirkungen beeinträchtigen die Gesundung der öffentlichen Meinung aufs schwerste und verhindern den Aufbau neuen Vertrauens zu Recht und Gerechtigkeit.« Dann hieß es am Schluss mit theologischem Tenor: »Die Liebe Christi dringt [sic] uns, uns dafür einzusetzen, daß die verzweifelte, skeptische und nihilistische Menschheit wieder Vertrauen zu staatlichen Ordnungen gewinnt, in denen die Grundsätze *suum cuique* und *audiatuer et altera pars* so gut wie gewahrt sein sollten, als es unter Menschen möglich ist.«⁶⁶⁾

Am 19. Juni 1948 erklärte General Clay darauf: »I regret that an effort is now being made to discredit a court which with high intent is endeavoring to establish precedents in international law which may serve to prevent again a world being plunged into chaos.«⁶⁷⁾

Es liegt auf der Hand, dass die Kirchenführer sich zwar nicht von Anfang an gegen die Entlassung der hohen NS-Funktionäre gewandt haben. Nach dem gescheiterten Versuch des Appells auf die Neuaufnahme und Überprüfung aller Nachfolgeprozesse haben sich die Kirchenführer jedoch nun für einen Gnadenakt eingesetzt. Gegenüber dem amerikanischen Landkommissar für Bayern setzte sich Meiser Anfang Dezember 1950 für die Aufhebung der Todesurteile folgendermaßen ein: »[D]aß es der wachsenden und angesichts der bedrohlichen Weltlage besonders wichtigen Verständigung zwischen Deutschen und Amerikanern in hohem Grade förderlich sein würde, wenn das Kapitel der Kriegsverbrecherprozesse endlich in so großzügiger Weise zu einem Abschluß käme, daß auf keiner Seite Reste von Bitterkeit zurückbleiben.«⁶⁸⁾

Die weltpolitische Lage um die gerade gegründete Bundesrepublik und die in ihrem Grundgesetz festgeschriebene Abschaffung der Todesstrafe wurden kurz darauf von Meiser in seinem Schreiben an die anderen Kirchenführer kommentiert: »Es würde den Glauben des deutschen Volkes und der Christen in ihm an den guten Willen der Amerikaner erschüttern, wenn gerade jetzt, wo die Wiedereingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker im Gang ist, derartige Maßnahmen getroffen würden, die *nach rückwärts, nicht nach vorwärts orientiert* sind. Es kommt hinzu, daß in Deutschland die Todesstrafe inzwischen abgeschafft worden ist. Es wäre mehr als eine Geste des guten Willens, wenn der *Schlußstrich unter die Vergangenheit* durch einen großzügigen Gnadenakt gezogen würde (Hrvh.v. H.Y).«⁶⁹⁾

Im Hinblick auf die Entnazifizierungsmaßnahmen haben schon am 2. Mai 1946 der Rat der EKD und die Kirchenführer ihre Beschlüsse zu der gerade damals durchzuführenden Entnazifizierung erklärt. Außer den Massenentlassungen der Belasteten kam da der Vorwurf auf, dass die im »Fragebogen« gestellten Fragen an manchen Stellen »zur Lüge« verführt und das »Denunziantentum« gefördert habe. Diese Erklärung beinhaltet überraschender Weise nicht nur eine kritische Stellungnahme der Kirche zu der Entnazifizierung, sowie Bedenken und Sorge um die Folge ihrer Auswirkung, sondern auch einen Gegenvorschlag, oder sogar eine an einigen Punkten wohl verschleierte Erpressung. Die Kirche verteidigte selbstverständlich keinesfalls die Ideologie des Nationalsozialismus, ihre Taktik lag vielmehr darin, demonstrativ zu zeigen, dass die massenhafte

Entnazifizierung negative Erscheinungen und gefährliche Tendenzen unter dem Volk mit sich bringen würde, die durch das »Schwinden des Vertrauens in die menschliche Rechtsordnung« hervorgerufen würden. Dies könne denn folglich »zu einem Hindernis werden[...], die Verkündigung des göttlichen Gebotes und der göttlichen Gnade zu hören«. Das deutsche Volk könne nur dann zu einem Neuanfang kommen, »wenn es die Botschaft des göttlichen Wortes zu hören vermag«, so die Gewissheit der Kirche. Die Schlussfolgerung lautet : »Nur wenn die notwendigen Maßnahmen mit einleuchtender Gerechtigkeit und in der Verantwortung vor Gotte getroffen werden, wird der Weg freigemacht, daß das deutsche Volk ein neues Verhältnis zu den Völkern der Erde finden kann.«⁷⁰⁾

Die Reihenfolge des obigen Bedingungssatzes und des Hauptsatzes ist sehr auffällig und verbirgt eine heimliche Bedrohung. Aus der protestantischen Schweiz kamen sofort heftige Kritiken gegen diese Beschlüsse einer trotz und nach Stuttgarter Schulderklärung »noch immer gründlich unbußfertige[n] und verstockte[n] Kirche, die ihre Erklärung [...] damit schließt, daß das neue Verhältnis der Deutschen zu den anderen Völkern nun doch wieder von einer von diesen zu erfüllenden Bedingung abhängig gemacht wird [Karl Barth an Martin Niemöller am 7.6. 1946]«. ⁷¹⁾

Auch der Kommentar des *Schweizer evangelischen Pressedienstes* legt seine Bedenken ganz offen. Der Pressedienst schrieb zuerst, es wäre eine schöne Sache, wenn die Kirche die Selbstreinigung ohne Mithilfe der weltlichen Obrigkeit durchführen könnte. Die bisherigen Erfahrungen ließen diese Hoffnung allerdings als nicht sehr wahrscheinlich erscheinen. Was den schweizerischen Pressdienst erschüttert habe, sei ein »bedauerlicher Rückfall in ein geradezu verheerendes deutsches Denken«: wenn das deutsche Volks kein neues Verhältnis zu den Völkern der Erde finden könne, dann trügen die Maßnahmen der Besatzungsmächte die Verantwortung dafür. »Ein Rückfall in jenes etwas einsichtslose Denken, das den Nationalsozialismus lediglich als die Wirkung des Versailler Vertrags erklärt, anstatt sich einmal klar zu machen, daß der Versailler Vertrag die Folge des Ersten Weltkriegs war, die in guter oder schlechter Weise getragen werden mußte.«⁷²⁾

Nach den wiederholten Weltkriegen, so der Pressedienst, komme alles darauf an, ob das deutsche Volk bereit sei, die Folgen dieses seines Unternehmens voll und ganz zu tragen. Es könne nicht damit getan sein, dass Deutschland erkläre, was es *allenfalls* zu tragen bereit oder nicht bereit sei, und »damit zu drohen: wenn ihr uns zu hart und zu unvernünftig anfaßt, dann werfen wir uns wieder dem

Teufel in die Arme.«.

Der Pressedienst richtet seine Hauptkritik schließlich darauf, dass »die deutsche Kirche für ihr Volk bittet, daß Gnade vor Recht ergehen möchte und daß es nicht für seine ganze Schuld gerichtet werde«. Die Töne in dem betroffenen Satz, als ob man die Verantwortung für die zukünftige Haltung Deutschlands schon wieder den anderen zuschieben möchte, sollte keiner mehr hören, so argumentiert der Pressedient. ⁷³⁾

Der Versuch der Kirchen, denen die hohe Wertschätzung der amerikanischen Besatzungsmächte zuteil wurde, bei den Amerikanern die Bereitschaft für Amnestie zu erwecken und damit einen Schlussstrich zu ziehen, ist letztendlich gescheitert. »Nachdem die Kirchen mit ihrer unermüdlichen Agitation gegen das Nürnberger Bestrafungsprogramm ein gesellschaftliches Klima geschaffen hatten«, so Weinkes Auffassung, »verlagerte sich die Auseinandersetzung nach Verabschiedung des Grundgesetzes auf eine politisch-diplomatische Ebene «⁷⁴⁾

(IV)

Stellungnahme der bundesdeutschen Intellektuellen zu den Nürnberger Prinzipien

Wie unbeliebt die »Entnazifizierung« unter den Deutschen damals war, lässt sich wohl durch keine andere Episode deutlicher zeigen, als durch die öffentliche Veranstaltung in Stadtoldendorf im Kreis Holzminden am Anfang Oktober 1952, bei der »die Akten aller 600 Entnazifizierungsfälle der 8000-Seelen-Gemeinde im Ofen des städtischen Gaswerks verbrannt wurden«.⁷⁵⁾ In einer feierlichen Erklärung verkündete der Bürgermeister Wilhelm Noske, SPD-Mitglied und von Beruf Geschichtslehrer, dass Stadtoldendorf hiermit als erste Stadt der Bundesrepublik »einen Schlußstrich unter die gesamte Entnazifizierung« ziehen würde. Mit einer Koksschaufel habe er anschließend die Akten von 600 Entnazifizierungsfällen den Flammen übergeben und gesagt: Die Aktenverbrennung sei ein wohlüberlegter Schritt gewesen. Sie diene dem Frieden und sei in der 8000 Einwohner zählenden Stadt als Schritt zur Versöhnung aufzufassen. Es gehe darum, den Blick nach vorn zu richten, die Vergangenheit zu vergessen und das Land wieder neu aufzubauen. Wäre das Mitgliedsverzeichnis

der NSDAP und ihrer Untergliederungen, das unter anderem in den Gasofen gewandert war, in die falschen Hände geraten, dann hätte es böses Blut gegeben. Denn alles, was heute in der Stadt Rang und Namen habe, sei dort verzeichnet gewesen. Nach der Verbrennung sei er im Übrigen von allen Seiten dazu beglückwünscht worden.⁷⁶⁾

Dieses Verfahren setzte- trotz seiner Nichtanwendbarkeit auf Bundesebene- symbolische Zeichen, dass es von nun an in die Zukunft zu blicken galte, so dass »Amnesie und Amnestie sich im Gleichklang vereinten«.⁷⁷⁾

Das IMT hat durch seinen »kollektiven Freispruch« des Generalstabs und des Oberkommandos der Wehrmacht- eine nicht als eine durch Anklagebehörde diffamierte verbrecherische Organisation- eine Art »folgeschwere Zwecklegende der Nachkriegszeit« in Bezug auf die Geschichte der jungen Bundesrepublik mit sich gebracht.⁷⁸⁾ Dies gab beispielsweise Anlass für die von vielen Politikern und den beiden Kirchen Anfang der fünfziger Jahre unternommene Amnestierungswelle für die »Opfer der Siegerjustiz«. Nicht nur Frei, sondern auch Weinke sind der Auffassung, dass die deutschen Politiker sowie die Vertreter der evangelischen Kirche Deutschland bei ihrem Begnadigungsengagement zum Zeitpunkt der Nachfolgeprozesse und nach der Gründung der Bundesrepublik auf Empathie für die Opfer alliierter Strafverfolgung appelliert hätten.⁷⁹⁾

Weinke schreibt im Hinblick auf die Nachfolgeprozesse, dass das umstrittene Urteil gegen Ernst von Weizsäcker auf publizistischer Ebene so etwas wie einen Dammbruch ausgelöst habe: »Selbst die liberale ZEIT ließ jetzt alle Zurückhaltung fallen. So machte die Journalistin Marion Gräfin Dönhof ihrem Unmut mit den Worten Luft: „Wir sind es satt mitanzusehen, daß Männer wie Weizsäcker und andere, die unter ständiger Gefährdung ihres eigenen Lebens gegen Leute vom Schlage Kochs [ehemaliger Reichskommissar der Ukraine: A.W.] gekämpft haben, von alliierten Gerichten verurteilt werden- so als ginge uns das alles gar nichts an-, während Figuren wie der oberste Polizei- und SS-Führer von Ostpreußen, Hellwig, [...] frei herumlaufen.“«⁸⁰⁾

Der Ausbruch des koreanischen Krieges und die Frage um die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik verschaffte Adenauer günstige Chancen bei der Verwirklichung seiner Forderung auf Freilassung der sich noch in westalliierten Gewahrsam befindlichen deutschen Insassen. Der Titel einer von Adenauer in Auftrag gegebenen Studie lautet: *Die Begnadigung der sogenannten*

Kriegsverbrecher und die Beendigung der Diffamierung deutscher Soldaten.

81) Über das bundesdeutsche politische und juristische Klima in den fünfziger Jahren schreibt der Jurist Gerhard Werle: »Das Vergangene soll ruhen!«, 82) »Der Zeitgeist [gegen Ende der fünfziger Jahre] will vergessen, will das Vergangene, wie es oft heißt, nicht „aufrühren“.« 83)

Um nur ein Beispiel eines juristischen Versuchs für die Rehabilitation *der Diffamierung deutscher Soldaten* zu nennen, wurde 1953 das Nürnberger Urteil gegen Alfred Jodl von einer Hauptspruchkammer in München aufgehoben. Begründet wurde dies mit dem so genannten »Rückwirkungsverbot«. Der Staatsanwalt verzichtete auf Rechtsmittel, woraufhin das Urteil am 2. März 1953 rechtskräftig wurde. Der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten akzeptierte jedoch das Urteil nicht und veranlasste die Aufhebung des Urteils aufgrund Nr.13 des Gesetzes der Hohen Kommission der Alliierten.

In den Begnadigungswellen während der Ära Adenauers sieht Frei, einen maßgeblichen Beitrag dazu, dass der fundamentale Unrechtscharakter des NS-Regimes und seines Angriffskrieges ausgeblendet werden konnte. Denn am Ende sei es nicht nur um ein paar hundert Kriegsverbrecher gegangen, sondern um die politische Moral von Millionen: »Den ehemaligen Soldaten mußte, um den Preis der historischen Wahrheit, in den fünfziger Jahren die Möglichkeit erhalten beziehungsweise zurückgegeben werden, in ihrem oft opferreichen Kriegseinsatz einen Sinn zu erkennen. Dem Krieg folgte deshalb ein Kampf um die Erinnerung: Die in Nürnberg so eindrucksvoll gestellte- und im Urteil des Auslands eindeutig beantwortete- Frage nach dem verbrecherischen Grundcharakter der deutschen Aggression, nach ihrer Barbarei und Wahnwitzigkeit von Anfang an, wurde abgedrängt.« 84)

Frei erläutert zwar, manches spreche dafür, die kollektiven Aggressionen gegen »Nürnberg« und den fast unbegrenzten Willen zur Amnestie als eine unbewusste Anerkennung jener Kollektivschuldthese zu begreifen, die schon in den ersten Nachkriegsmonaten auf hohe psychische Disponiertheit gestoßen war- und auf eine entsprechend vehemente Abwehr. 85) Jedoch sprach der amerikanische Hauptankläger des IMT, Robert Jackson nie von einer Kollektivschuld des deutschen Volks: »Wir möchten ausdrücklich klarstellen, dass wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen. Wir wissen, dass die

Nazi-Partei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gelangt ist. Wir wissen, dass ein unseliges Bündnis sie an die Macht gebracht hat[...] Wahrlich, die Deutschen -nicht weniger als die Welt draußen- haben mit den Angeklagten eine Rechnung zu begleichen.«⁸⁶⁾ Die kollektive Anschuldigung des deutschen Volkes wurde nicht so sehr im Gerichtssaal ausgesprochen, sondern vielmehr von den westlichen Militärregierungen im Rahmen der Re-erziehung. Man denke nur an die amerikanische Non-Fraternisation-Maßnahme, den Propagandafilm oder an die Abmahnungstafel in der britischen Zone. Hier möchte ich mich nochmals auf eine Stelle in Jaspers' *Die Schuldfrage* beziehen, an der er die geistige Situation und Stimmung der meisten Deutschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit trefflich beschreibt: »Es ist eher eine Stimmung, als ob man nach so furchtbarem Leid gleichsam belohnt, jedenfalls getröstet werden müßte, aber nicht noch mit Schuld beladen dürfte.«⁸⁷⁾ Daran schloss ebenso später das »Tu quoque Argument« und das Schicksal der unzähligen Vertriebenen an und sicherlich trug dies alles dazu bei, dass die Mehrheit der Deutschen dazu tendierte, sich ungerecht behandelt zu fühlen.

Auf der Grundlage der Prozessdokumente könnte man heute ohne Kritik zu erwecken feststellen: Der Nürnberger Prozess hat sich nicht nur die Verhandlung gegen die Hauptkriegsverbrecher zum Ziel gesetzt, sondern auch die politische Absicht der Siegermächte verfolgt. In seinem Nachwort 1962 über die Neuauflage der *Schuldfrage* gesteht Jaspers ein, er halte zwar die Erörterung seiner Schrift von einer wesentlichen Ausnahme einmal abgesehen noch für wahr. In der Auffassung der Nürnberger Prozesse habe er sich jedoch an einem entscheidenden Punkte geirrt: »Die angelsächsische Idee war großartig. Es schien uns damals, daß schon etwas aus der Zukunft leuchtete, was die Menschenwelt verwandeln würde: Schaffen eines Weltrechts und eines Weltzustandes, in dem durch die gemeinsame Kraft der großen Mächte die Verbrechen, die klar definiert waren, mit Gewißheit geahndet werden. Kein Politiker und kein Militär und kein Funktionär kann sich in Zukunft auf Staatsräson oder Befehle berufen. Alle Handlungen eines Staates geschehen durch menschliche Persönlichkeiten, sei es durch die Herrschenden oder die in verschiedenem Range Mitwirkenden.«⁸⁸⁾

Jaspers bedauerte im Nachwort auch sehr, dass das Verfahren sich nur auf Kriegsgefangene beschränkte. Die Handlungen der Westmächte, die im Laufe des Krieges Zerstörungen ohne militärische Notwendigkeit begangen hätten, seien nicht zum Gegenstand der Untersuchung gemacht worden. »Es wäre großartig

gewesen und hätte den Prozeß zu einem ganz anderen, weltgeschichtliche Ereignis werden lassen«, so Jaspers, »wenn auch diese Verbrechen[militärisch nicht notwendige Zerstörungsakte der Alliierten] vor sein Forum gezogen worden wären. Ich hätte es damals sogleich schreiben sollen.« In Bezug auf die Zusammensetzung der Richter des IMT drückt er ebenso seine Bedenken aus: »Im Gericht saß das bolschewistische Rußland, als Staat totaler Herrschaft der Herrschaftsform nach nicht anders als der nationalsozialistische Staat. Es war also ein Richter beteiligt, der das Recht, auf dem das Gericht gegründet werden sollte, faktisch gar nicht anerkannte.« So habe er sich dem Urteil nicht entziehen können, dass er [IMT] zwar kein Schauprozess, sondern vielmehr ein in seinen rechtlichen Formen tadelloser Prozess gewesen sei, gleichzeitig aber doch ein Schauprozess gewesen sei. Warum er ein Scheinprozess gewesen sei, darauf gab er folgende Antwort: Die Hoffnung habe getrogen. Die große Idee sei, wie in früheren Zeiten, nur als Idee, nicht als Wirklichkeit erschienen. Der Prozess habe nicht einen Weltzustand mit einem Weltrecht gegründet.

Tatsächlich gab es auch nach Nürnberg bis 1962 ununterbrochen Kriege und Konflikte mit Waffen, die von den Anklägern des IMT geführt wurden: Algerien 1954, die britisch-französische Suez-Aktion 1956, das sowjetische Eingreifen in Ungarn und in der CSSR im Jahre 1956, einschließlich des späteren Vietnamkrieges.

Eugen Kogon, der gegenüber dem »Re-education« Programm der Westalliierten seine Skepsis geäußert hatte, fand aber einen »welthistorischen« Stellenwert der Nürnberger Prinzipien, weil der Nürnberger Prozess, »obschon von den siegreichen Kriegsgegnern des Nationalsozialismus geführt, ein wichtiger Schritt auf dem welthistorischen Weg zur Bändigung der Gewalt durch das Recht war«. ⁸⁹⁾ Die Basis der Legitimation aller Politik sei die Förderung der Menschlichkeit, die Sicherung ihrer Bedingungen. In diesem Punkt hat auch Jaspers die Nürnberger Prinzipien hoch geschätzt: »Die Menschheit würde sich in einem allen verständlichen Ethos verbinden. Nicht mehr würde sich wiederholen, was wir erlitten hatten: daß Menschen, die vom eigenen Staat ihrer Würde beraubt, in ihren Menschenrechten verletzt, ausgestoßen oder gemordet wurden, nicht den Schutz bei der übergeordneten Staatengemeinschaft finden würden.« ⁹⁰⁾

Wenn man jetzt aber die wechselvolle Geschichte der Völkerrechtsentwicklung

und des Bemühens um Institutionalisierung eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofs nach IMT betrachtet, erscheint heute nicht weniger erstaunlich, dass ausgerechnet die USA, dessen Hauptankläger in Nürnberg mit den Worten: »Die wahre Klägerin vor den Schranken dieses Gerichts ist die Zivilisation« seine Rede mit bewegendem idealistischen Pathos beendete, heute eine »supranationale strafrechtliche Begrenzung staatlicher Souveränität- und Machtansprüche strikt ablehnen.«⁹¹⁾ Der amerikanische Hauptankläger proklamierte damals in Nürnberg mit erhobener Stimme: »Lassen Sie es mich deutlich aussprechen: Dieses Gesetz wird hier zwar zunächst auf deutsche Angreifer angewandt, es schließt aber ein und muß, wenn es von Nutzen sei soll, den Angriff jeder anderen Nation verdammen, nicht ausgenommen die, die jetzt hier zu Gericht sitzen.«⁹²⁾

Auch der britischer Hauptankläger, Sir Hartley Shawcross hat an die Zivilisation appelliert und sein Plädoyer mit dem in Thomas Manns Roman *Lotte in Weimar* zitierten Worten Goethes beendet⁹³⁾: Dieser Prozess müsse zu einem Markstein in der Geschichte der Zivilisation werden, indem er nicht nur für diese schuldigen Menschen die Vergeltung bringe, und nicht nur betone, dass Recht schließlich über das Böse triumphiere, sondern auch, dass der einfache Mann auf dieser Welt - Shawcross mache hier keinen Unterschied zwischen Freund und Feind - nunmehr fest entschlossen sei, das Individuum höher zu stellen als den Staat. Er zitierte Goethes Worte in der Hoffnung, dass sie [Goethes Worte] zur Tat würden, nicht allein für das deutsche Volk, sondern für die gesamte Menschheit: »So sollten es die Deutschen halten -weltempfangend und weltbeschenkend, die Herzen offen jeder fruchtbaren Bewunderung, groß durch Verstand und Liebe, durch Mittlertum und Geist - so sollten sie sein, das ist ihre Bestimmung.«⁹⁴⁾

Abschließend sollte man doch noch einen Blick darauf werfen, wie das IMT später von den deutschen Intellektuellen, vor allem aber von den Rechtswissenschaftlern und der Bundesregierung bewertet worden ist, um im nächsten Abschnitt dann die deutsche und japanische Reaktion auf die internationalen Militärtribunale zu vergleichen.

In Bundesdeutschland kamen viele Rechtsexperten zu der Einsicht, dass das IMT *rückwirkend* urteilte. In seinem Gespräch mit Rudolf Augstein äußert Jaspers dies ganz offen: »An der Einsicht in die Wiedergeburt und Neuschöpfung des Rechtsstaates nach dem Verbrecherstaat liegt das Urteil über das Feld und

die Grenze rückwirkender Rechtsetzung und damit auch die Antwort auf die Verjährungsfrage. Neues Recht wurde als Völkerrecht geschaffen zum erstenmal durch das Nürnberger Statut. [...] Das ist nicht vorher gesetztes Recht, sondern ist frisch gesetztes Recht mit rückwirkender Kraft.«⁹⁵⁾ Ebenso regelt die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 die Ausnahmeregelung zum Rückwirkungsverbot. Dann in Anlehnung an Artikel 25 GG: »Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes« hat Jaspers nachdrücklich gesagt: »Völkerrecht bricht Landesrecht.« Er hat aber damit mehr gemeint: Die rückwirkende Kraft sei nach Artikel 103 GG. nur dann ausgeschlossen, wenn es sich um Verbrechen innerhalb der sich jetzt neu konstituierenden Ordnung und ihrer Zeit handele. Wohl aber sei rückwirkende Kraft möglich, ja sogar gefordert als Konsequenz für die Handlungen im ehemaligen Verbrecherstaat; »Die absolute Ausschließung rückwirkender Kraft, das wäre, als ob wir den Nazistaat mit einschließen können in eine Weltordnung des Rechts.«⁹⁶⁾

Damit versucht Jaspers seine These zu untermauern, dass es unmöglich sei, Recht und Politik als zwei absolut voneinander getrennte Gebiete zu betrachten. Jaspers zufolge habe das Recht zwei Quellen: »den politischen Willen der Selbstbehauptung der Ordnung eines Staatswesens« und die »Idee der Gerechtigkeit.«⁹⁷⁾ Wenn in der Geschichte große Einschnitte wie die Revolution getan werden, so Jaspers, gelte in diesem Augenblick »das Recht, das gesetzt ist, nicht absolut; sondern ist jetzt wieder die Frage: Was soll gelten? Es wird neu entschieden, was jetzt aus der ewigen Gerechtigkeit als Recht anerkannt wird.«⁹⁸⁾

Diese Erörterung legt nahe, dass »positives Recht« mit »gesetztem Recht« und »Naturrecht und Ideen der Freiheit und Demokratie des Abendlandes« mit »Gerechtigkeit« gleichgesetzt werden können.

Jaspers erörterte auch den begrifflichen und kategorialen Unterschied zwischen »Kriegsverbrechen« im Sinne des Verbrechens gegen die »Menschlichkeit« und »Verbrechen gegen die Menschheit« sehr präzise. Da Verbrechen gegen die Menschheit für Jaspers ein »Anspruch, darüber zu entscheiden, welche Menschengruppen und Völker auf Erden leben dürfen oder nicht« sei, definiert er das NS-Verbrechen als ein völlig neues, das »von allen Verbrechen, die es bisher gab, grundsätzlich verschieden ist.« Wie Hannah Arendt zuerst erklärt habe, sei auch er völlig davon überzeugt: »Kein Mensch hat das Recht zu urteilen, daß

eine Volksgruppe nicht dasein soll.«⁹⁹⁾ Im Hinblick auf die Abschaffung der Todesstrafe durch das GG, argumentiert er folglich, die Deutschen hätten eine Ausnahme für die Teilnahme am Massenmord machen können, aber das sei bereits versäumt.¹⁰⁰⁾

Bezüglich des Rückwirkungsverbotes von Rechtsgrundsätzen vertritt der Rechtswissenschaftler Bernhard Schlink einerseits die Auffassung: »Anders als das Statut des Internationalen Gerichtshofs in Nürnberg und das Kontrollratsgesetz Nr.10 der Alliierten, die das Rückwirkungsverbot ausdrücklich suspendierten, hat die Rechtsprechung der Bundesrepublik [...] an ihm stets festgehalten.« Andererseits setze das Bundesverfassungsgericht auf eine völkerrechtliche Verstärkung und Konkretisierung des naturrechtlichen Arguments und sehe in der Gerechtigkeit, der das positive Recht weichen müsse, besonders die völkerrechtlich anerkannten Menschenrechte enthalten. Außerdem finde sich eine »fundamentale Relativierung des in Art. 103 Abs-2 GG verbürgten Rückwirkungsverbot[es]« beim Bundesverfassungsgericht neben der Radbruchschen Formel.¹⁰¹⁾

In diesem Zusammenhang sei hier der Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 18. September 1952 in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde eines Deutschen zu nennen, die sich gegen das Urteil der III. Strafkammer des Landgerichts Kassel vom 13. Juni 1952 richtet. Der Beschwerdeführer trägt bezüglich des im GG festgeschriebenen »Rückwirkungsverbotes« vor:

Er [der Beschwerdeführer] sei durch dieses Urteil wegen Landfriedensbruchs zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die Tat, derentwegen die Verurteilung erfolgte, sei im März 1933 im Zusammenhang mit einem Zusammenstoß von SA und Kommunisten begangen worden. Das Verfahren gegen ihn sei seinerzeit mit der Begründung eingestellt worden, dass er in „Notwehr und Nothilfe“ gehandelt habe; die Strafverfolgung sei also gemäß § 67 Abs. 1 StGB im Jahr 1943 verjährt gewesen. Nunmehr sei die Verhandlung auf Grund des hessischen Gesetzes zur Ahndung nationalsozialistischer Straftaten vom 29. Mai 1946 (GVBl. S. 146) - nachstehend „Ahndungsgesetz“ genannt - durchgeführt worden, das nachträglich eine Hemmung von Verjährungsfristen eingeführt habe.

Der Verfassungsgerichtshof fasst zuerst wichtige Inhalte des hessischen Ahndungsgesetzes, die für das vorliegende Verfahren von Bedeutung seien, zusammen:

Nach Art. 1 sind Verbrechen und Vergehen, insbesondere Verbrechen und Vergehen, die mit Gewalttaten und Verfolgungen aus politischen, rassischen oder religionsfeindlichen Gründen verbunden sind und die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus politischen, rassischen oder religionsfeindlichen Gründen nicht bestraft wurden, zu verfolgen, wenn Grundsätze der Gerechtigkeit, insbesondere die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die nachträgliche Sühne verlangen.

Nach Art. 2 Abs. 1 wird die Verfolgung nicht dadurch gehindert, dass die Tat zu irgendeiner Zeit durch ein Gesetz, eine Verordnung, einen Erlaß oder einen Befehl der nationalsozialistischen Regierung oder eines ihrer Machthaber für straffrei oder nach ihrer Begehung für rechtens erklärt worden ist, oder auf Grund behördlicher Anordnung die Einleitung eines Strafverfahrens unterblieb, oder ein eingeleitetes Verfahren niedergeschlagen oder aus anderen Gründen nicht durchgeführt wurde.

Nach Art. 2 Abs. 3 stehen bei einer Strafverfolgung, einer Strafverhandlung oder einer Strafvollstreckung wegen einer der vorbezeichneten Straftaten dem Angeklagten die Rechtsvorteile der Verjährung bezüglich der Zeitspanne vom 30. Januar 1933 bis zum 1. Juli 1945 nicht zu. Für diese Zeit ist die Verjährung als gehemmt anzusehen.

Nach Art. 3 ist bis zum Ablauf von 12 Monaten seit dem Inkrafttreten des Gesetzes (Zeitpunkt des Inkrafttretens: 15. Juni 1946) unter den Voraussetzungen des Art. 1 auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein Verfahren zu ungunsten des Täters wiederaufzunehmen, wenn aus politischen, rassischen oder religionsfeindlichen Gründen zu Unrecht die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, die Hauptverhandlung nicht angeordnet oder der Täter außer Verfolgung gesetzt wurde.

Das Gericht fasst dann zusammen, der Beschwerdeführer greife das Urteil aus

drei Gesichtspunkten an:

1. Er hält das Ahndungsgesetz für nichtig, daher durch dessen Anwendung Art. 2 Abs. 2 GG und Art. 104 Abs. 1 GG für verletzt..
2. Er meint, das Ahndungsgesetz sei zu Unrecht auf ihn angewendet worden -- falsche Subsumtion und Nichtberücksichtigung des Straffreiheitsgesetzes vom 31. Dezember 1949 (BGBl. S. 37) --; dadurch seien Art. 3 und 33 GG verletzt.
3. Er glaubt, dass durch Verfahrensmängel, insbesondere durch Nichtbeachtung des Grundsatzes der unmittelbaren Beweisaufnahme, Art. 103 Abs. 1 GG verletzt sei.

Von den Gründen, durch welche die Verfassungsbeschwerde verworfen wurde, möchte ich hier nur drei nennen:

- 1) Neben der Schwere der Tat - Verbrechen und Vergehen - aber ist Voraussetzung der Verjährungshemmung, dass die Tat in der Zeit -von 1933 bis 1945 aus politischen Gründen nicht bestraft worden ist. Nicht dem Motiv des Täters also, sondern dem mangelnden Willen des Staates, Unrecht zu ahnden, wird entscheidende Bedeutung beigemessen.
- 2) Das Gesetz geht von der Tatsache aus, dass während der nationalsozialistischen Herrschaft unter völliger Mißachtung rechtsstaatlicher Grundsätze Straftaten nicht verfolgt wurden, weil sie von den damaligen Machthabern teils veranlaßt oder gefördert, teils gern geduldet wurden.
- 3) Die straflose Ermordung von Millionen jüdischer Mitmenschen ist dafür das äußerste Beispiel, doch zeigten sich in geringeren Ausmaßen ähnliche Erscheinungen, wenn die Betroffenen, wie hier, zu den politischen Gegnern der Nationalsozialisten gehörten. Der innere Grund lag in beiden Fällen darin, dass die nationalsozialistischen Machthaber den durch die Straftat Verletzten als minderwertig ansahen, ja ihm menschlichen Wert und menschliche Würde gänzlich absprachen, d. h., dass sie die Idee von der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz bewußt verleugneten. Es gehört zu den Folgen dieser Mentalität, dass

Straftaten, die den damaligen Machthabern genehm waren, nicht verfolgt wurden und dadurch verjährten. Das Ahndungsgesetz verletzt also nicht die Gleichheit vor dem Gesetz, sondern unternimmt es gerade um der Menschenwürde willen, die verletzte Gleichheit in diesem Bereich wiederherzustellen. (Hrvh.v. H.Y) ¹⁰²⁾

Mit seiner Auslegung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts über Verfolgungsverjährung verdeutlicht Schlink, in welchem spannenden Verhältnis der strikte Erhalt des Rückwirkungsverbots wegen der Rechtssicherheit einerseits, und andererseits das Strafbedürfnis, das die »Vorstellung von Gerechtigkeit« sowie das »Gerechtigkeitsbewusstsein« der jeweiligen Gesellschaft inne habe, stehe. Denn Schlink schreibt: das »Rückwirkungsverbot zielt [...] auf Wandlungen des Gerechtigkeitsempfindens und –bewußtseins, auf Veränderung in der Sicht von dem, was Staatsräson und Wohl der Gesellschaft verlangen, und damit auch auf System- und Regierungswechsel. Dies sind Situationen, in denen sich mit der Vorstellung von Gerechtigkeit auch das Strafbedürfnis wandelt und rückwirkend durchsetzen will.«¹⁰³⁾

In der im Bundestag im Jahr 1965 angesichts des näher rückenden Eintritts der Verjährungsfrist der NS-Mordverbrechen entfachten Auseinandersetzung um die Gerechtigkeit oder die Rechtssicherheit ging es eben um die Pros und Kontras zum Rückwirkungsverbot. Aber diese Debatte wurde durch die während des IMT offengelegene Ausmaßlosigkeit der Verbrechen hervorgerufen, d. h. die Anerkennung mindestens des Klagepunktes »Verbrechen gegen die Humanität«.

180 CDU Abgeordnete haben sich für die Verlängerung der Verjährungsfrist, 37 dagegen entschieden. Von den 178 SPD Mitgliedern hat sich niemand, und bei der FDP haben sich 59 von 62 Mitgliedern dagegen entschieden. Die Befürworter haben unterschiedliche Stellungnahmen, jedoch meist zugunsten der Gerechtigkeit zum Ausdruck gebracht: »Wenn aber Gerechtigkeit und Rechtssicherheit einander widerstreiten, dann plädiere ich doch für den Vorrang der Gerechtigkeit; denn [...] wenn wir nicht daran glauben, daß die Gerechtigkeit die Idee des Rechtsstaates ist, dann sollten wir auf den Rechtsstaat lieber verzichten[Richard Jaeger, CSU]«, »Daran, wie ernst wir es mit diesem notwendigen Teil- der nicht für das ganze stehen kann- der Auseinandersetzung mit denjenigen, die Unrecht begangen haben, nehmen, werden wir eines Tages gemessen werden in der Frage, ob wir uns

nach jener schrecklichen Zeit bewährt haben[Gerhard Jahn, SPD]« „Wir wissen- und müssen leider wissen- daß immer noch mit Taten und Tätern, mit Verbrechen und Verbrechern unter uns zu rechnen ist, auf die niemand berechtigterweise das Tabula-rasa-Prinzip anwenden kann, weil sich eine Gesellschaft, ein Volk selbst aufgäbe, wenn es die Verantwortlichen für so scheußliche Verbrechen unbehelligt als Vorbürger in gesellschaftlicher Ehren unter sich leben ließe. Es ist [...] ein elementares Bedürfnis der menschlichen Gesellschaft, sich im gerechten Urteil der Gerichte selbst zu reinigen[Max Güde, CDU].« Dagegen hat Thomas Dehler, FDP »einen tiefen rechtspolitischen Sinn« der Verjährung betont: »Die Verjährung verzichtet der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens wegen auf die letzte Gerechtigkeit[...]. Vor Gotte und dem Gewissen gibt es mehr als die Verjährung, es gibt die Vergebung. Und die Verjährung ist doch mehr als ein Ausfluß der Staatsräson. Sie ist im Grunde- nicht anders als der Verzicht auf die Todesstrafe- der Ausfluß weiter, wissender Humanität.« Der Standpunkt von Adolf Arndt, SPD ist sehr schwankend. Er erklärt sich zwar für schuldig, weil er nicht auf die Straße gegangen sei und geschrien habe, als er gesehen habe, dass die Juden lastkraftwagenweise abtransportiert worden seien. Gleichwohl bekenne er sich dazu, dass »in einem Verfassungsstaat ebenso wenig wie die Opfer auch die Mörder aus der Hand des Rechts fallen können«. ¹⁰⁴⁾

Es war wiederum kein geringer als Jaspers, der dieser Debatte mit großer Aufmerksamkeit und Sorgfalt nachgefolgt ist und sie ganz ausführlich kommentiert hat. Er würde, wenn er Politiker wäre, auf drei Entscheidungen drängen:

- 1) Sofortige Aufhebung der Verjährung für Verbrechen gegen die Menschheit, damit das Gewissen der Abendländer nicht verletzt wird;
- 2) Beauftragung der Regierung zur beschleunigten Ausarbeitung eines Gesetzes zur Verfolgung der Verbrechen gegen die Menschheit[...];
- 3) Erinnerung an die Tatsache, daß nach dem Grundgesetz [...]Völkerrecht vor Landesrecht geht, und Appell an die rechtsschöpferische Kraft, die dieser Grundlage erwächst.«¹⁰⁵⁾

Jaspers räumt ganz offen ein, dass seine Urteile als sachunkundig verworfen werden können. Er urteile aber »sittich-politisch, das heißt nicht nur nach gesinnungsethischen, sondern nach verantwortungsethischen Gesichtspunkten, die

selber- nach Max Weber- in einer Gesinnungsethik gegründet sind«. ¹⁰⁶⁾

Hier wird nur kurz angemerkt, dass der amerikanische Historiker David Cohen(1949-) argumentiert, die Fragen, die unter den deutschen Rechtsexperten diskutiert worden seien, bezögen sich zwar auf das Rechtsprinzip, aber weder auf die Selbstrechtfertigung noch die historische Aufrichtigkeit. Die deutschen Rechtsexperten hätten mit der Auffassung übereingestimmt, dass die Rechtsprechung in Nürnberg politisch gewesen sei, aber »diejenigen, die dort verurteilt wurden, keine Märtyrer, sondern wegen unendlich schrecklicher Verbrechen eindeutig schuldig waren.«¹⁰⁷⁾

Die Bundesregierung hat im Jahre 2006 anlässlich der sechzig Jahre des Urteils vom IMT ihre Stellungnahme dazu festgeschrieben:

Die Nürnberger Prozesse sind ein Thema, dessen Bedeutung für die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, für das »Zusammenleben« der Staaten kaum hoch genug eingeschätzt werden kann. Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess [...] leitete einen Paradigmenwechsel im Völkerrecht ein. [...] Heute, im Rückblick, können wir sagen: »Nürnberg« markiert ein Datum, an dem das Recht triumphiert hat. ¹⁰⁸⁾

Im Vergleich zu den USA hat Deutschland seit der Wiedervereinigung im beschleunigten Prozess der Integration Europas die aus den Nürnberger Prinzipien weiter entwickelten völkerrechtlichen Grundsätze ins Visier genommen, um damit zur Lösung des akuten realpolitischen Friedensproblems in Europa beizutragen. Im Rahmen der Sicherung der kollektiven Sicherheit in Europa fanden die Nürnberger Prinzipien, besonders das Prinzip der Verantwortung der politischen Staatsoberhäupter für völkerrechtliche Verbrechen, ihre Aktualität wieder. Die unmittelbaren Anlässe dazu waren die Auseinandersetzung mit dem Jugoslawienkrieg, vor allem die ethnischen Säuberungen und Völkermorde. Dies gab den Impuls zuerst zur Errichtung eines durch die Resolution 827 des UNO-Sicherheitsrats vom 25. Mai 1993 geschaffenen Ad-hoc-Strafgerichtshofs für Jugoslawien, und führte dann schließlich zur Gründung eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofs (IstGH) mit Sitz in Den Haag. Die Nürnberger Prinzipien wurden im sämtlichen Prozess zur Etablierung des IstGHs als

wichtigster anwendbarer Rechtsgrundsatz wieder in Erwägung gezogen und weiter bearbeitet. In diesem Sinne hat das IMT einen ersten Meilenstein in der Entwicklungsgeschichte des Völkerrechts in der Nachkriegszeit gelegt, vor allem auf dem beschwerlichen Weg zur Ächtung des Krieges und der Verfolgung der von Staatsoberhäuptern und Regierungsmitgliedern begangenen Verbrechen gegen die Humanität. Darüber besteht jetzt in Deutschland im breiten sozialen Umfeld Konsens.

Im Folgenden werde ich der Frage nachgehen, ob das Internationale Militärtribunal im Fernen Osten (nachstehend als IMTFE bezeichnet) im Gegensatz zu Reaktionen der Deutschen zum IMT, in den »Augen vieler japanischen Wissenschaftler«, wie Cohen argumentiert, wirklich nur als »Siegerjustiz« betrachtet wurde, ob »Siegerjustiz« noch heute bedeute, dass die Amerikaner »unschuldige Männer« angeklagt hätten, »um ihren Rachedurst zu befriedigen«.¹⁰⁹⁾ Denn die Fragen um das IMTFE scheinen sich auf folgende fünf Punkte zu konzentrieren:

1. die Legitimität der Gerichtbarkeit aufgrund des damaligen Völkerrechts
2. die bis in die Gegenwart andauernde Kontroverse um die Kriegsursache, allen voran um die des Pazifischen Kriegs. Diese Streitfrage ist eng mit der Geschichtsauffassung der Japaner verbunden, die diesen Krieg als eine Art »Verteidigungskrieg« ansehen und damit in deutlichem Gegensatz stehen zu der seinerzeit im Tokioter Prozess offiziell verbreiteten Geschichtsauffassung (Tokyo Saiban-shikan)
3. Ignorierung der Kriegsverbrechen der Amerikaner und der Sowjetunion. Die Atombombenabwürfe und der Bruch des Nichtangriffspakts durch die Sowjets haben ein Aufrechnungsargument hinterlassen
4. Auch seitens der Alliierten, beispielsweise Australiens und Frankreichs wurde Zweifel an die Einstellung der Anklageerhebung gegen den Kaiser geäußert.
5. In- und ausländische Kontroverse um den Yasukuni Schrein als Erinnerungsort

(Schluss des Ersten Teils)

Im Rückblick können wir noch heute verschiedene durch den Krieg verursachte, aber noch nicht gelöste Probleme aufzählen, die uns herausfordern, uns in Zukunft

ferner damit zu befassen. Wir wissen jetzt, dass allein mit der Gerichtbarkeit nicht alles zu bewerkstelligen ist. Das IMT hat wirklich einen Meilenstein im Völkerrecht gelegt und ist doch gleichzeitig an seine historischen Grenzen gestoßen, die auf die damaligen politischen Gegebenheiten zurückzuführen sind. Der deutsche Historiker Bernd Hey(1942-2011) hat schon vor fast 30 Jahren geschrieben: »Vergangenheit sei etwas dauernd Fortwirkendes, mit dem man nie fertig werde, da sie sich zudem von unterschiedlichen Standpunkten rückschauenden Betrachter immer wieder anders darstelle, weshalb sich jede Generation wieder mit ihr auseinandersetzen müsse.«¹¹⁰⁾ Das IMTFE, so glaubten die amerikanischen Sieger damals, sei mit Erfolg gelaufen. Nach fast einem Vierteljahrhundert wurde der Prozess jedoch vom amerikanischen Historiker Richard Minear angegriffen. Sein Buch *Victors' justice : the Tokyo War Crimes Trial* (1971) war für ihn eine an Amerikaner gerichtete Kritik an Amerikanern: »Ich fand, dass die sich bei den Tokioter Prozessen herauskristallisierende engstirnige und egoistische Denkweise der Amerikaner mit dem späteren Fehler der Einmischung in Vietnam zusammenhängt.« Man darf jedoch nicht vergessen, was Minear gleichzeitig argumentiert: »Die Tokioter Prozesse hatten Fehler und viele Mängel, aber ich habe nicht vor, die vorkriegszeitliche japanische Regierung freizusprechen oder zu verteidigen. Auch wenn sie juristisch gesehen unschuldig war, bleibt die historische Schuldfrage. [...]«¹¹¹⁾

Sein Interview mit der japanischen Asahi-Shinbun Zeitung am 3.Mai 2006 (Tag des Inkrafttretens der japanischen Verfassung) beendet er mit den Worten von Wiliam Faulkner: »The past isn't dead and buried. In fact, it isn't even past.«

Quellen und Anmerkungen

- Bahring, Arnulf: *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie/ westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, Bd.I, München, 1971
- Broszat, Martin: *Zur Struktur der NS-Bewegung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 52-76
- Cohen, David: *Öffentliche Erinnerung in Asien und Europa*, in: *Erinnerungskulturen Deutschland, Italien und Japan seit 1945*. Hg. v. Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer und Wolfgang Schwenker, F/M, 2004
- Frei, Norbert: *Der Nürnberger Prozeß und die Deutschen*, in:

Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert. In: Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert

- Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München, 2. Auflage, 2003
- Heydecker, Joe J. / Leeb, Johannes: *Der Nürnberger Prozeß*, Köln, 2003
- Jarausch, Konrad: *Die Umkehr / Deutsche Wandlungen 1945-1995*, München, 2004
- Jaspers, Karl: *Die Schuldfrage*, Heidelberg, 1946
- Jaspers, Karl: *Wohin treibt die Bundesrepublik?* München, 1966
- Kraushaar, Wolfgang: *Die Protest-Chronik 1949-1959 : eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie*, Hamburg, 1996
- Kettenacker, Lothar: *Die Behandlung der Kriegsverbrecher als anglo-amerikanisches Rechtsproblem*, in: *Der Nationalsozialismus vor Gericht/ Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952*, F/M, 2000
- Hey, Bernd: *Die NS-Prozesse- Probleme einer juristischen Vergangenheitsbewältigung*, in: Steinbach, Peter/Weber, Jürgen(Hg.), *Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren?/NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland*, München, 1984
- Mann, Golo: *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, F/M., 1966
- Merritt Anna J/Merritt Richard L.: *Public Opinion in Semisoverign Germany: THE HICOG SURVEYS, 1949-1955*, Urbana u.a. 1980
- Reichel, Peter: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland/ Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München, 2001
- Schlink, Bernhard: *Vergangenheitsschuld und gegenwärtiges Recht*, F/M, 2002
- Smith, Bradley F: *The road to Nuremberg*, New York, 1981, in: Ueberschär, Gerd (Hg.): *Der Nationalsozialismus vor Gericht/ Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952*, F/M., 2. Auflage, 2000
- Ueberschär, Gerd /Wette, Wolfram(Hg.): *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt, 2001
- Vollnhals, Clemens: *Entnazifizierung und Selbstreinigung im Urteil der evangelischen Kirche/Dokumente und Reflexionen 1945-1949*, München, 1989.
- Vollnhals, Clemens: *Die Hypothek des Nationalsozialismus/Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen nach 1945*, in: *Geschichte und*

Gesellschaft/Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 18. Jahrgang, 1992/Heft 1 *Evangelische Kirche nach dem Nationalsozialismus*.

- Weinke, Annete: *Die Nürnberger Prozesse*, München, 2006
- Weizsäcker, Richard: *Vier Zeiten*, Berlin, 1997
- Werle, Gerhard /Wandres, Thomas : *Auschwitz vor Gericht Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz*, München, 1995
- Ziemke, Earl F.: *The U.S. Army in the occupation of Germany, 1944-1946*, Center of Military History, United States Army: for sale by the Supt. of Docs., U.S. Govt. Print. Office., 1975 (United States Army historical series).
- *Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen : Dokumentation der parlamentarischen Bewältigung des Problems 1960-1979*, Bonn, 1980

Anmerkungen

1. Kettenacker: S.22
2. Heydecker/Leeb, S.89f
3. Ebd., S.90.
»The British Parliament and public will never tolerate mass executions. Even if in war passion they allowed them to begin, they would turn violently against those responsible after the first butchery had taken place. The Soviets must be under no delusion on this point.«
4. Weinke, S.11
5. Kettenacker, ebd. S.17-31
6. Kettenacker fügt dazu (S.19): In einem zustimmenden Kommentar des Foreign Office heiße es:
»The guilt of such individuals is so black that they fall outside and go beyond the scope of a judicial process.«
7. Ebd., S.25
8. Ebd., S.26
9. Dt. Übersetzung des Briand-Kellogg-Paktes: <http://www.jura.uni-muenchen.de/fakultaet/lehrstuehle/satzger/materialien/kellogg1928d.pdf> (heruntergeladen am 30.11.2012) Diese Hoover-Stimson-Doktrin besagte: » [...]the American Government deems it to be its duty to notify both the Imperial Japanese Government and the Government of the Chinese Republic that it cannot admit the legality of any situation de facto nor does it intend to recognize any treaty or agreement entered into between those Governments, or agents thereof, which may impair the treaty rights of the United States or its citizens in China, including those that relate to the sovereignty, the independence, or the territorial and administrative integrity of the Republic of China, or to the international policy relative to China, commonly known as the open door policy.«.
10. Smith, S.95
11. Art.I
Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.

Art.II

Die Hohen Vertragschließenden Parteien vereinbaren, daß die Regelung und Entscheidung aller Streitigkeiten oder Konflikte, die zwischen ihnen entstehen könnten, welcher Art oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll.

12. Kettenacker, S.27
13. Ebd., S.23. Vgl. auch Gerd R. Ueberschär: *Sowjetische Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene*, In: ders: *Der Nationalsozialismus vor Gericht/ Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952*, S.240-261
14. Ueberschär, 2000, S.241
15. Jarausch, S.15
16. Kettenacker, S.28
17. Kettenacker, S.28
18. WE THE PEOPLES OF THE UNITED NATIONS DETERMINED
to save succeeding generations from the scourge of war, which twice in our lifetime has brought untold sorrow to mankind, and to reaffirm faith in fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person, in the equal rights of men and women and of nations large and small, and to establish conditions under which justice and respect for the obligations arising from treaties and other sources of international law can be maintained, and to promote social progress and better standards of life in larger freedom[...].
19. Reichel, S.42
20. Ebd., S.44
21. Webseite des Oberlandesgerichts Nürnberg: <http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/n/imt/grds/index.php> (heruntergeladen am 30.11.2011)
22. Jaspers, 1946, S.49-50
23. Jaspers, *ebd.*, S.50. Es gab auch Deutsche wie einen jungen Jurastudent Richard von Weizsäcker, der die Kriegsverbrecher selber vor Gericht stellen und aburteilen wollten. Bezogen auf das Versagen der Gerichtbarkeit für die Deutschen hat der Altbundespräsident Richard von Weizsäcker im Rückblick bedauert, dass die Deutschen nicht »über Verbrechen zu Gericht zu sitzen« vermochten, »deren Opfer Menschen vieler Nationen geworden waren, drunter nicht minder auch die eigenen Landsleute«. Er steht damit der Auffassung des amerikanischen Hauptankläger Robert Jackson entgegen: »Jackson schrieb [...] im Januar 1950, eine Überantwortung der Verfahren an die Deutschen hätte alle frei ausgehen lassen. Wirklich? Hätte eine Aburteilung der wahren Verbrechen nach deutschem Strafrecht die Besinnung in Deutschland nicht weit mehr gefördert und das Rechtbewußtsein weniger strapaziert- Siegerjustiz?-, auch wenn es schwer gewesen wäre, kurzfristig befähigte deutsche Richter zu finden? Vgl. Weizsäcker, *Vier Zeiten*, S.113
24. Jaspers, (1946), S.50
25. Auch der plötzliche Bruch des japanisch-sowjetischen Neutralitätspakts durch die Sowjets am 9. August 1945 und die darauffolgende Eroberung der japanischen Kurilen Inseln sowie Gefangenschaft und Zwangsarbeit der japanischen Kriegsgefangenen in Sibirien hat Unheil gesät.
26. Golo Mann, S. 972
27. Jaspers, (1946), S.48
28. Ebd., S.48
29. Ebd., S.50
30. Ebd., S.51
31. Ebd., S.54
32. Ebd., S.54
33. Ebd., S.54

34. Ebd, S.55: »Unser eigenes Heil in der Welt ist bedingt durch die Weltordnung, die in Nürnberg noch nicht konstituiert wird, auf die aber Nürnberg hindeutet.«
35. Merrit, S.11 u. S.101:
Whereas 78 per cent of the AMZON Germans expressed the feeling in October 1946 that the trials had been conducted fairly, only 38 per cent expressed this opinion in late 1950. Population breakdowns showed that the drop in favorable evaluations of the trials occurred among all elements of the population, and that the rise in adverse opinion was considerably greater among the more educated than among the less educated.
36. Frei, 2001, S.478-479
37. Ebd., S.481-483
38. Frei, (2003), S.135
39. Ebd., S.136
40. Ebd., S.136
41. Ebd., S.137
42. Ebd., S.137. Frei merkt an: »Auf katholischer Seite waren es vor allem der Kölner Kardinal Josef Frings als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz und der Münchner Weihbischof Johann Neuhäusler[...]. Auf evangelischer Seite war das das Engagement breiter: Neben dem Ratsvorsitzenden der EKD- bis Anfang 1949 der Stuttgarter Landesbischof Theophil Wurm, dann Otto Dibelius(Berlin)- und dessen Stellvertreter, Hans Lilje(Hannover), widmete sich insbesondere Landesbischof Hans Meiser(München) der Kriegsverbrecherfrage, aber auch Kirchenpräsident Martin Niemöller(Wiesbaden) und Prälat Karl Hartenstein(Stuttgart) wurde aktiv. «
43. Wurm an Lawrence am 19.9.1946.(Landeskirchliches Archiv Stuttgart,Oberkirchenrat),104f-I. Hier zitiert aus Vollnhals: *Die Hypothek des Nationalprotestantismus*, S.59.
44. Vollnhals, (1992), S.51
45. Vollnhals, (1992), S.52
46. Ebd, S.53.
47. Meiser an Hagen, 26.9.1947. zitiert aus Vollnhals, (1992), S.55f.
48. Vollnhals, (1992), S.54
49. Ebd., S.68
50. Martin Broszart, S.66
51. Vollnhals, *Entnazifizierung*, S.35.
52. Broszart, S.71
53. Broszart, S.70
54. Broszart, S.70
55. Vollnhals, (1992), S.54
56. Vollnhals, *Entnazifizierung*, S.35f
57. Vollnhals, ebd., S.36. (Hrvh.v. H.Y)
58. Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, Artikel 1.
59. Reichel, S.111
60. Meiser und Faulhaber an die Amerikanische Militärregierung für Deutschland am 20.7.1945 . Zitiert aus :Vollnhals, *Entnazifizierung*, S.30-31
61. Vollnhals, *Entnazifizierung*., S. 19
62. Ebd., S.18-19
63. Vollnhals, (1992), S.54
64. Frei, *Vergangenheitspolitik*, S.145
65. Ebd., S.145
66. Frei, ebd., S.146. Vollnhals, (1992), S.62. *suum cuique* und *audiatuer et altera pars*: jedem das

Seine und gehört werde auch der andere Teil

67. Frei, *Entnazifizierung*, S.147
68. Vollnhals, (1992), S.64
69. Ebd., S.64. Meiser an Dibelius, Lilje, Wurm und Held am 29.12.1950
70. Ebd., S.127
71. Ebd., S.134
72. Ebd., S.141
73. Ebd., S.142
74. Weinke, S.105
75. Reichel, S.108
76. Vgl.Kraushaar, *Die Protest-Chronik 1949 - 1959*.
77. Reichel, S.109
78. Urteil: »Der Gerichtshof kann sich der Ansicht der Anklage, daß der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht eine verbrecherische Organisation seien, nicht anschließen, weil sie nach seiner Auffassung weder eine „Organisation“ noch eine „Gruppe“ im Sinne des Status sind. «
79. Weinke, S.106f, Frei (2001) S.484ff
80. Weinke, S.109
81. Bahrng, S.152
82. Werle/ Wandres, S.20
83. Ebd., S.22
84. Frei, (2001) S.490-491
85. Ebd., S.491
86. Zitiert aus Reichel, S.49f.
87. Jaspers, *Die Schuldfrage*, S.29
88. Jaspers, *Nachwort*, 1962, S.85f
89. Vorbemerkung von Eugen Kogon zu *Der Nürnberger Prozeß* von Joe J.Heydecker u. Johannes Leeb. Diese Bemerkung wurde zur Ausgabe des Jahres 1979 gefasst, hier aber zitiert aus der Ausgabe des Jahres 2003, S.9.
90. Jaspers, *Nachwort*, S.86
91. Weinke, S.9
92. Heydecker, S.15
93. Diese Worte Goethes, sind aber nicht Worte Goethes selber, sondern eine literarische Produkt Manns.
94. Heydecker, S.453
95. Jaspers: *Wohin treibt die Bundesrepublik?* S.42
96. Ebd., S.42
97. Ebd., S.20
98. Ebd., S.20
99. Jaspers: *Wohin treibt die Bundesrepublik?*, S.26
100. Jaspers: *Wohin treibt die Bundesrepublik?* S.43
101. Schlink, S.109f. Schlink weist darauf hin, dass man in der Bundesrepublik sehr früh auf die Forderung von Gustav Radbruch zurückgegriffen habe, um die Bestrafung nationalsozialistischer Taten rückwirkend zu rechtfertigen; das positive Gesetz müsse, wenn es in unerträglichem Widerspruch zur Gerechtigkeit stehe, der Gerechtigkeit als unrichtiges Recht weichen. (Hrvh.v.H.Y)
102. <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv001418.html> (heruntergeladen am 30.11.2012)
103. Schlink, S.116
104. *Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen*

105. Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik?* S.121
106. Ebd., im Vorwort
107. Cohen, S.54f.
108. Drucksache 16/3744, 16. Wahlperiode 06. 12. 2006
http://www.petrappau.de/16_bundestag/dok/down/1603744.pdf
109. Cohen, S.55
110. Hey, S.51
111. *Rekishī to Mukiau* (Sich der Geschichte stellen), Interview mit der japanischen Asahi-Shinbun Zeitung am 3.Mai 2006. Aus dem Japanischen übersetzt von H.Y.